



Gedenkstätten Rundbrief

- 3 Vorbemerkung von Thomas Lutz

Bildungsarbeit in Gedenkstätten – Organisation, Struktur, Personal

- 4 Bildungsarbeit in kleinen Gedenkstätten in Schleswig-Holstein:
Das Beispiel Kaltenkirchen | *Uta Körby und Indre Schmalfeld*
- 12 Bildungsarbeit in der Gedenkstätte KZ Lichtenburg, Prettin | *Melanie Engler*
- 16 Bildungsarbeit in der Gedenkstätte und dem Museum Sachsenhausen.
Besucherzahlen und Angebote – Personal und Organisation – Probleme und
Herausforderungen | *Stephanie Bohra*

Gedenkstättenpädagogik in Beziehung zu Schule, Universität und Museum

- 25 Schule und Gedenkstätten. Ein Bericht über Lehrerbildung und Kooperationen
zwischen Schulen und Gedenkstätten | *Gottfried Köbler*
- 30 Aus-, Weiter- und Fortbildung im Bereich Bildung und Vermittlung.
Die Perspektive der Museumspädagogik | *Elke Kollar*
- 37 Universitäre Ausbildung, Geschichtsdidaktik und die Gedenkstättenpädagogik
Susanne Popp

Diskussionen zur Bildungsarbeit in Gedenkstätten

- 41 Vergleiche mit anderen Staatsverbrechen | *Kai Langer*
- 46 Gedenkstättenarbeit mit Geflüchteten – ein Überblick | *Akim Jah*
- 49 »Es ist wichtig, wie wir diese Situation ändern« –
Multi-peRSPEKTif, eine pädagogische Intervention am Denkort Bunker Valentin
Kathrin Herold und Appolinaire Apetor-Koffi
- 56 Zur Diskussion über sogenannte Zwangsbesuche in Konzentrationslagern
Elke Gryglewski
- 61 Veranstaltungshinweise
- 65 Literaturhinweise

Vorbemerkung

Thomas Lutz

Der Gedenkstättenrundbrief Nr. 190 hat den Schwerpunkt »Gedenkstättenpädagogik«. Die inhaltliche Struktur lehnt sich stark an die bundesweite Gedenkstättenkonferenz an, die im Dezember 2017 in Halle stattfand. Veranstaltende waren die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt/Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale), die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, die Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, das FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen sowie die Stiftung Topografie des Terrors, Berlin.

Vortragende sowie Leitungen von Arbeitsgruppen wurden im Nachhinein gebeten, ihre Berichte niederzuschreiben. Vor allem die Zusammenfassungen der Arbeitsgruppen sollten keine Nacherzählungen der Diskussionen darstellen, sondern knappe, problemorientierte Aufrisse in dem jeweiligen Arbeitsfeld bieten.

Im ersten Kapitel »Bildungsarbeit in Gedenkstätten« wird die Breite der Anforderungen und Arbeitsmöglichkeiten in Gedenkstätten in Deutschland exemplarisch vorgestellt. Der erste Beitrag über die Gedenkstätte des KZ-Außenlager Kaltenkirchen beschreibt die Bildungsangebote, wenn ausschließlich ehrenamtliche Tätige vor Ort engagiert sind. Das zweite Beispiel aus der KZ-Gedenkstätte Lichtenburg verdeutlicht die großen Chancen, aber auch Grenzen, die in einer Institution mit wenigen hauptamtlichen Kräften vorhanden sind. Der dritte Artikel beschreibt anhand der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen die vielfältigen Angebote, die von jährlich 700 000 Besuchenden erwartet werden – und wie weit die Bildungsabteilung in der Lage ist, diese zu erfüllen sowie neue Angebote zu generieren.

Im zweiten Kapitel werden mit Schule, universitärer Ausbildung und Museen die angrenzenden pädagogischen Gebiete, mit denen sich die Gedenkstättenpädagogik austauscht, beleuchtet. Im Bezug zur Lehrerinnen- und Lehrerausbildung an den Hochschulen sowie in der Referendariatsphase werden die klassischen Felder beleuchtet, aus denen sich auch die Gedenkstättenpädagogik zu großen Teilen speist. Mit dem Hinweis auf die Museumspädagogik und dem Bericht über professionelle Formen der Aus- und Weiterbildung in anderen Museumssparten werden Wege aufgezeigt, wie man durch Austausch Synergieeffekte erzielen kann.

Im dritten Kapitel dieses Gedenkstättenrundbriefs werden anhand von Überlegungen zu einzelnen inhaltlichen Themen Herausforderungen in der Bildungsarbeit von Gedenkstätten problematisiert:

- In wie weit machen Vergleich mit anderen Regimeverbrechen Sinn?
- Wie können Gegenwartsbezüge und Aktualisierungen bis hin zu der im Moment immer wieder geforderten Demokratieerziehung aussehen?
- Wie können Menschen mit eigenen Erfahrungen von Flucht und Gewalt heute in Gedenkstätten an die NS-Verbrechensgeschichte herangeführt werden.

Aus aktuellem Anlass wurde noch eine Replik auf politische Forderungen, alle jungen Menschen in Schulklassen in Deutschland sollten mindestens einmal eine Gedenkstätte aufsuchen, in dieses Heft aufgenommen.

Bildungsarbeit in Gedenkstätten – Organisation, Struktur, Personal

Bildungsarbeit in kleinen Gedenkstätten in Schleswig-Holstein

DAS BEISPIEL KALTENKIRCHEN

Uta Körby und Indre Schmalfeld

Gedenkstättenlandschaft in Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein hat es in der NS-Zeit bekanntlich kein großes Konzentrationslager gegeben. Dies erklärt, warum Schleswig-Holstein ein Bundesland ohne eine institutionell vom Bund geförderte NS-Gedenkstätte ist. Allerdings gab es mehrere Außenlager des KZ Neuengamme bei Hamburg und vielerorts Lager für Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und andere verfolgte Gruppen.

Heute gibt es in dem nördlichsten Bundesland viele Gedenkstätten und Erinnerungsorte, die sich kritisch mit der NS-Zeit auseinandersetzen. Die meisten von ihnen sind erst in den letzten 15, 20 Jahren aus bürgerschaftlichem Engagement heraus entstanden. Diese Entstehungsgeschichte spiegelt sich in den höchst unterschiedlichen Trägerschaften wider: Von den zwölf in der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte vertretenen Orten sind vier in freier Trägerschaft durch eingetragene Vereine (Gedenkstätte Ahrensböök, KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen, Flandernbunker Kiel, Henri-Goldstein-Haus Quickborn) sowie das durch eine regionale Initiative unterstützte Gudendorf.

Institutionell abgesichert sind die Gedenkstätten in kirchlicher Trägerschaft (KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, Gedenkstätte Lutherkirche Lübeck, Gedenkstätte Lübecker Märtyrer). Dies gilt auch für Orte, die sich in Trägerschaft durch Kommunen, Kreise oder das Land befinden (Ehemalige Synagoge Friedrichstadt, Museum Cap Arcona Neustadt i. H., Jüdisches Museum Rendsburg, KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing). Allerdings sagen die unterschiedlichen Trägerschaften noch nichts über Umfang und Angebote der Vermittlungsarbeit aus. Nur sechs von zwölf Orten haben regelmäßige Öffnungszeiten und verfügen über ein mehr oder weniger ausgearbeitetes pädagogisches Konzept. Von diesen wiederum sind nur drei KZ-Gedenkstätten im engeren Sinne (Ahrensböök, Kaltenkirchen, Ladelund).

Die Mitarbeit auf den Gedenkstätten erfolgt überwiegend rein ehrenamtlich. Es gibt mittlerweile geringe Anteile von Hauptamtlichkeit durch Honorarverträge. In der Regel handelt es sich dabei um Pflegearbeiten auf dem Gelände oder um zeitlich begrenzte Aufgaben wie Sicherung des Sammlungsgutes. Die Konzeption und Kuratierung von neuen Ausstellungen stellen hingegen bereits große Vorhaben dar, die nur durch eine entsprechende Finanzierung durch die Bürgerstiftung schleswig-holsteinische Gedenkstätten umgesetzt werden können. Dies setzt ein erfolgreiches Antragsverfahren voraus, das für die einzelnen Einrichtungen nur sehr aufwendig durchzuführen ist.

Die Besucherzahlen werden von den Gedenkstätten mit jährlich zweitausend bis viertausend angegeben. Genau zählen könnte man die Anzahl der Besuchenden nur, wenn ständig eine Betreuungsperson vor Ort anwesend wäre.



Neben Veranstaltungen, zumeist zu Jahrestagen, bilden Führungen den Schwerpunkt der Vermittlungsarbeit. In der Regel werden Führungen nach Absprache für unterschiedliche Besuchergruppen angeboten. Überwiegend sind es Schulklassen, kirchliche Gruppen und Gruppen von anderen Bildungsträgern, die diese Angebote in Anspruch nehmen.

Schüler lehren Schüler auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen. Alle Abbildungen bis S. 9: privat.

Die eigentliche Vermittlungsarbeit wird an den meisten Orten von Ehrenamtlichen geleistet. Häufig sind dies die Personen, die die Einrichtung überhaupt erst ins Leben gerufen haben und die von einem starken politisch-moralischen Motiv geleitet werden. Dies gilt insbesondere für die Anfangszeit der Gedenkstättenarbeit in Schleswig-Holstein, von der bis auf wenige Ausnahmen erst seit den 2000er Jahren gesprochen werden kann. Diese engagierten Mitarbeiter kommen aus unterschiedlichen Berufen und verfügen nicht notwendigerweise über pädagogische Kenntnisse. Sofern es überhaupt eine Schulung von *guides* gibt, die Führungen übernehmen sollen, so besteht sie hauptsächlich in der Vermittlung von Faktenwissen über den jeweiligen Ort, aber es gibt kaum methodisches Training zur speziellen Gedenkstättenpädagogik. Es ist mehr oder weniger ein glücklicher Umstand, wenn an manchen Orten Lehrkräfte in den Trägervereinen mitarbeiten.

Zur Geschichte der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen

Das »KZ-Außenkommando Kaltenkirchen« des KZ Neuengamme wurde im August 1944 auf Betreiben der Wehrmacht eingerichtet. Auf dem damaligen Militärflugplatz sollten die Start- und Landebahn für das neue düsengetriebene Jagdflugzeug ME 262 erweitert werden. Hierfür wurden von der Luftwaffenführung billige Arbeitskräfte angefordert, die SS stellte dafür Häftlinge aus dem KZ Neuengamme zur Verfügung.

Unmittelbar nach Kriegsende wurden die Baracken des Lagers für kurze Zeit zur Unterbringung von *Displaced Persons* genutzt, später dienten sie bis in die 1960er Jahre hinein als Unterkünfte für deutsche Flüchtlinge aus den Ostgebieten. Anfang der 1970er Jahre wurden alle bis dahin noch bestehenden Baracken abgerissen. Die

Flughafengesellschaft Hamburg hatte das Gelände erworben, um einen neuen Großflughafen für Hamburg zu bauen. Das angrenzende Gelände des ehemaligen Militärflugplatzes war im Besitz der Bundeswehr und wurde bis 2008 als Truppenübungsplatz genutzt. Auf diesem Gebiet lag auch die nach dem Krieg vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gestaltete Begräbnisstätte Moorkaten. Die Existenz eines früheren KZ-Außenlagers war vollständig aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit getilgt. Bäume und Unterholz überwucherten das ehemalige Lagergelände.

Der genaue Ort des Lagers wurde erst Ende der 1990er Jahre wiederentdeckt. Es ist der hartnäckigen Suche des Alvesloher Regionalhistorikers Dr. h. c. Gerhard Hoch zu verdanken, dass das ehemalige Lagergelände buchstäblich dem Vergessen entrissen wurde. Er gründete 1999 mit einer kleinen Gruppe den Trägerverein der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch e.V., da sich damals weder die Stadt Kaltenkirchen noch der Kreis Segeberg dazu bringen ließen, die Trägerschaft für das Gelände zu übernehmen. Im Verlauf von knapp zwanzig Jahren ist daraus eine äußerst aktive und über die Region hinaus anerkannte Gedenkstätte geworden, die nach wie vor von ehrenamtlichen Kräften geleitet und betrieben wird.

Es war von Anfang an eine Besonderheit der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen, dass im Vorstand des Trägervereins mehrheitlich Lehrkräfte aller Schularten vertreten waren und es bis heute sind. Auch wenn die meisten inzwischen aus dem aktiven Schuldienst ausgeschieden sind, so sind doch kreisübergreifend die gewachsenen Kontakte zu den Schulen geblieben. Darüber hinaus ist der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen die einzige Lehrerabordnung in Schleswig-Holstein im Umfang von sechs Lehrerwochenstunden zugestanden worden.

Die Mitarbeit eines Lehrers ist von großem Vorteil für die Gedenkstätte, um den Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen in den Schulen zu pflegen, die in jeder Jahrgangsstufe wechseln. Für die Lehrkräfte der Schulen ist es wiederum eine Entlastung bei der Vorbereitung eines Besuchs, auf einen Berufskollegen in der Gedenkstätte zu treffen, der die schulische Situation einschätzen kann, denn in den Kollegien gibt es auch Widerstände, weil durch Exkursionen zu außerschulischen Lernorten Stunden der Fachkollegen ausfallen. Hier wiederum wirken sich die Kontakte zu den Fachschaften Geschichte positiv aus, um Gedenkstättenbesuche zum Bestandteil des regulären Geschichtsunterrichts zu etablieren.

Die KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen ist als solche überhaupt erst durch die aktive Mitarbeit von Schülerinnen und Schülern verschiedener Schulen im Umland gestaltet worden. Sie haben das Gelände vom Unterholz befreit und die Grundrisse der abgerissenen Baracken mit weißen Holzlatten markiert. Erst dadurch konnte das Gelände als ein besonderer Ort erkennbar gemacht werden. Bis heute werden teilweise Pflegearbeiten auf dem Gelände von Schülern und ihren Lehrern übernommen. Hieran sind Schülerinnen und Schüler aller Schularten beteiligt, von Förderschülern bis zu Gymnasiasten. Hauptschüler haben unter Anleitung ihres Geschichtslehrers ein Modell des früheren Lagergeländes erstellt. Im Verlauf der Zeit haben viele Schulklassen zu unterschiedlichen Themenbereichen auf der Gedenkstätte gearbeitet. So sind etwa Filme über die NS-Zeit in Kaltenkirchen und zum Lagergelände entstanden, die anschließend anderen Besuchergruppen gezeigt wurden.

Darüber hinaus gab es über mehrere Semester hinweg eine fruchtbare Zusammenarbeit mit Studierenden der Kieler Universität und der Muthesius Kunsthochschule Kiel.



Schüler der 9. Klasse stellen ihre Plakatausstellung zum denkmalaktiv-Projekt »Schicksalhafte Bewegungen: Die KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch« vor.

Diese haben u. a. die Hinweistafeln auf dem Gelände erarbeitet, denen ein biografischer Ansatz zugrunde liegt.

Eine besonders nachhaltige Zusammenarbeit hat sich in den letzten Jahren mit dem örtlichen Gymnasium Kaltenkirchen ergeben. Aus einem ersten Besuch von mehreren neunten Klassen ist in einem kontinuierlichen Prozess ein didaktisches Konzept hervorgegangen, das mittlerweile landesweit als »Kaltenkirchener Modell« bekannt ist. Wie überall beruht der Erfolg derartiger Vorhaben natürlich auf besonders engagierten Personen. Hier war es die damalige Fachschaftsleiterin Geschichte, Indre Schmalfeld, die den Anstoß gab. Nach wie vor ist es ein besonderes Merkmal, dass die Ergebnisse der Arbeit mit Schülern mehrerer Jahrgangsstufen zu der Entwicklung eines didaktischen Konzepts geführt haben, das wiederum durch die Praxis erweitert und verändert wird.

Lernen auf Augenhöhe – Der erste Kontakt

»Da kann ich mich ja gleich auf einen Acker stellen!« Diese provokante Äußerung eines Schülers fiel während einer fiktiven Diskussion zum Stellenwert der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen. Anlass war die jährliche Veranstaltung zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2017 im Ratssaal der Stadt Kaltenkirchen, deren inhaltliche Ausgestaltung der Trägerverein der KZ-Gedenkstätte als Ausrichter den Schülerinnen und Schülern der Mittel- und Oberstufe des Gymnasiums Kaltenkirchen übertragen hat. In dieser Diskussion nahmen Schülerinnen und Schüler der 9. Jahrgangsstufe die Rollen von Jugendlichen, Politikern, Unternehmern, Bürgern sowie Historikern ein und setzten sich aus der jeweiligen Perspektive heraus mit der gesellschaftspolitischen Bedeutung der KZ-Gedenkstätte auseinander. Das eingangs aufgeführte Schülerzitat ist sicherlich zugespitzt formuliert, trifft aber dennoch pointiert die Kernproblematik dieses historischen Lernortes: Wie kann eine Gedenkstätte, die nur über sehr wenige bauliche Überreste und Artefakte aus der Zeit des Nationalsozialismus sowie lediglich über eine recht textlastige und damit nicht mehr zeitgemäße Ausstellung verfügt, Schülerinnen und Schülern verschiedener Jahrgangsstufen und Schularten sowohl nachhaltige als auch pädagogisch attraktive Lernangebote

unterbreiten? Und wie kann Schule dieses Unterfangen unterstützen und damit einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung Jugendlicher leisten?

Grundvoraussetzung hierfür sind eine partnerschaftliche Kooperation sowie Anstrengungen auf beiden Seiten. Mittlerweile können die Gedenkstätte und das Gymnasium Kaltenkirchen auf eine sehr erfolgreiche siebenjährige Zusammenarbeit zurückblicken. Aus der Genese dieser Kooperation wird deutlich, dass sich dieses Projekt stetig weiterentwickelt hat und zu einer deutlichen Profilierung beider Akteure beigetragen hat.

»Sie wollen wirklich mit dem ganzen Jahrgang, also mit 150 Schülern, kommen?« Die Skepsis von Uta Körby, im Jahr 2011 Vorsitzende des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte, war durchaus nachvollziehbar, verfügte die Gedenkstätte zu Beginn der Kooperation doch noch nicht einmal über ausreichend sanitäre Einrichtungen für derart viele Besucher. Doch ihre Befürchtung, einem oberflächlichen »Gedenkstätten-Tourismus« Vorschub zu leisten, konnte nach Darlegung des zugrunde liegenden pädagogischen Unterrichtskonzeptes überwunden werden. Die Grundidee der angestrebten Zusammenarbeit zwischen dem Gymnasium Kaltenkirchen und der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen bestand tatsächlich darin, möglichst viele Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Kaltenkirchen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit ihrer Region vertraut zu machen und sie darüber hinaus in die Lage zu versetzen, auch die »zweite Geschichte« dieses historischen Lernortes kritisch zu reflektieren.

Projektstage für 9. und 12. Jahrgangsklassen

Im ersten Jahr der Zusammenarbeit fanden zunächst getrennte Projektstage für die 9. Klassen und den 12. Jahrgang statt. Der halbtägige Besuch der Gedenkstätte wurde im Unterricht thematisch vorbereitet, nach einer Führung durch die ehrenamtlichen Mitarbeiter des Trägervereins erfolgte die Nachbereitung des Projektstages in der Schule. Die Resonanz der Schülerinnen und Schüler auf dieses Projekt war überaus positiv. Bei einigen wurde das Interesse geweckt, noch mehr über die Geschichte ihrer eigenen Familie oder Region in der Zeit des Nationalsozialismus zu erfahren, andere ermutigten ihre Eltern zu einem gemeinsamen Besuch der Gedenkstätte. Bereits im folgenden Schuljahr wurde das Projekt um die Methode »Schüler-lehren-Schüler« erweitert.

Vom Projekttag zum peer-teaching

Seitdem sind die Schülerinnen und Schüler der Oberstufe Akteure des Projektes. Sie erhalten von ihren Geschichtslehrkräften im Frühsommer eine schriftliche Handreichung verbunden mit dem Auftrag, in Gruppen von fünf bis sechs Personen bis zum September des Jahres eine Führung auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte für die 9. Jahrgangsstufe vorzubereiten. In der Wahl des Materials und der Methoden wird ihnen dabei bewusst größtmögliche Handlungs- und Wahlfreiheit gelassen, wobei die Lehrkräfte fachlich und methodisch beratend das Projekt begleiten. Darüber hinaus erhalten die Schülerinnen und Schüler fachliche und materielle Unterstützung durch die ehrenamtlichen Mitarbeiter des Trägervereins. Im September besucht dann jeweils eine Klasse der Mittel- und der Oberstufe für einen Vormittag gemeinsam die Gedenkstätte. Die Lehrkräfte übernehmen an diesem Projekttag eine beobachtende Rolle und halten sich während der Führungen bewusst abseits.

Die Schüler-lehren-Schüler-Führungen beinhalten stets Informationen über die nationalsozialistische Vergangenheit des KZ Kaltenkirchen und die zweite Geschichte



Schüler der Jahrgangsstufen 9 und 12 tauschen sich im Dokumentenhaus der KZ-Gedenkstätte aus.

dieses Lernortes, setzen aber eigene Schwerpunkte in der Didaktik und Methodik. Angesichts fehlender baulicher Überreste zielen die Führungen darauf ab, der KZ-Gedenkstätte ein persönliches Bild, ein Gesicht zu geben. Sie konzentrieren sich auf Biografien von Tätern und Opfern, deren Lebens- und Arbeitsumstände im Lager zur Zeit des Nationalsozialismus und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Auf lange Einführungsvorträge wird dabei verzichtet, vielmehr werden Stationen auf dem Gelände oder das Dokumentenhaus aufgesucht. Hier werden Sachinformationen vermittelt, die dann von den Neuntklässlern in Form von interaktiven Fragebögen, kreativen Schreibaufträgen oder Rollenspielen weiter vertieft werden. Damit sind die geführten Schüler nicht mehr nur passive Empfänger von Sachinformationen, sondern auch Akteure der Führung. Den Abschluss des Projekttag bilden in der Regel reflektierende Diskussionen zum gesellschaftlichen und politischen Stellenwert von Gedenkstätten oder zur Bedeutung von Erinnern und Gedenken. Aber auch aktuelle politische Diskussionen, wie die Frage nach dem strafrechtlichen Umgang mit noch lebenden NS-Tätern oder die Forderung der AFD nach einer Wende um 180 Grad in der deutschen Erinnerungskultur werden hier aufgegriffen.

Bewertungen der Schülerarbeiten: Noten ja oder nein?

Im Anschluss an den Projekttag erhalten die Oberstufenschüler ein mündliches oder auch schriftliches Feedback von den Neuntklässlern. Schließlich reichen die Gruppen eine schriftliche Ausfertigung ein. Sie beinhaltet eine schriftliche Darstellung des Projektes, verwendete Arbeitsblätter sowie eine schriftliche Reflexion, in der die Schüler die Zusammenarbeit in der Gruppe, die Durchführung des Projekttag, ihren eigenen Anteil am Projekt und individuellen Lernzuwachs kritisch reflektieren. Die Endnote setzt sich dann aus dem praktischen und theoretischen, also schriftlichen Teil des Projektes zusammen und fließt zu einem maßgeblichen Anteil in die Note für die mündlichen Unterrichtsbeiträge ein oder wird als Klausurersatzleistung gewertet. Die Fachschaft Geschichte hat hierfür einen Rückmeldebogen konzipiert, sodass die Rahmenbedingungen für alle Geschichtsklassen gleich sind.

Die Entscheidung für eine Benotung des Projektes fiel bewusst, würdigt sie doch den erheblichen Zeit- und Arbeitsaufwand der Schülerinnen und Schüler, der mit der Konzeption und Durchführung der Führungen verbunden ist und damit einen deutlichen Mehraufwand als eine Klausurvorbereitung bedeutet. Darüber hinaus stellt die Benotung sicherlich auch eine zusätzliche Motivation dar, bewegen sich die Noten für dieses Projekt doch zumeist im guten bis sehr guten Notenbereich. Insgesamt stellen die betreuenden Lehrkräfte fest, dass gerade die Methode des *peer-teaching* über die fachbezogenen Kompetenzen hinaus die Selbst-, Methoden- und Sozialkompetenz der Schülerinnen und Schüler fördert. Damit leistet dieses Projekt einen wichtigen Beitrag zu den in den Fachanforderungen festgeschriebenen überfachlichen Kompetenzen, ermöglicht es doch den Schülerinnen und Schülern, ihren Lernprozess sowohl innerhalb der Gruppe als auch individuell selbst zu gestalten sowie Verantwortung zu übernehmen.

Wertschätzung und Weiterentwicklung

Insgesamt erfahren die Schülerinnen und Schüler der Oberstufe ein großes Maß an Wertschätzung, sowohl von Seiten der Mittelstufen-Schülerinnen und Schüler als auch von Seiten der Lehrkräfte. Die Schülerinnen und Schüler der 9. Jahrgangsstufe nennen in ihren Rückmeldungen verschiedene Faktoren, die zum Gelingen des Projekttages beitragen. Sie bezeichnen dabei die Wahl der sprachlichen Mittel als besonders verständlich, sie loben die gründlich recherchierten Sachinformationen, die kreativen Arbeitsaufträge sowie das anschauliche Zusatzmaterial in Form von Bildern oder Audios, die auf mitgebrachten iPads präsentiert werden.

Über die Jahre hinweg ist es der Gedenkstätte und dem Gymnasium Kaltenkirchen gelungen, die Zusammenarbeit auszubauen. In der Sekundarstufe I nehmen Wahlpflichtkurse in der 9. Jahrgangsstufe regelmäßig an *denkmal aktiv*, dem Schulprogramm der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, teil. Der Trägerverein der KZ-Gedenkstätte steht hier als fachlicher Partner zur Verfügung. Auch in der Sekundarstufe II werden die Kooperation und das daraus entstehende Netzwerk stetig vertieft. So vermittelt der Trägerverein Zeitzeugengespräche, die in der Schule stattfinden. Im laufenden Schuljahr besuchten ehrenamtliche Mitarbeiter weitere Geschichtswerkshops, um dort aktuelle Forschungsschwerpunkte vorzustellen. Ein weiteres Projekt zur Recherche von Häftlingsschicksalen ist in Planung. Darüber hinaus gestalten seit einigen Jahren die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums regelmäßig die Gedenkfeier zum 27. Januar im Ratssaal der Stadt Kaltenkirchen. Mit Unterstützung der Fachkolleginnen und -kollegen erarbeiten sie unterschiedliche Formate aus dem Bereich des Darstellenden Spiels. Diese Veranstaltungen finden ein großes Echo in der regionalen Presse, was wiederum die Motivation zur Teilnahme erhöht.

Was trägt zum Gelingen bei?

Derartige zeit- und personalintensive Projekte können jedoch nur gelingen, wenn die Voraussetzungen auf beiden Seiten stimmen. An den Schulen bedarf es einer Lehrkraft oder eines Teams zur Entwicklung eines Konzepts, das fachlich, methodisch und didaktisch überzeugt. Eine wichtige Rolle kommt der Schulleitung zu, die, einmal von dieser Kooperation überzeugt, schulische Rahmenbedingungen schafft und mögliche Widerstände im Kollegium abbaut. Projekttag, Fachtag und Lernen am anderen Ort

haben zwar einen unbestreitbaren pädagogischen Mehrwert, bedeuten aber immer auch Ausfall von Unterricht, gegebenenfalls das Verlegen von Prüfungen und Veränderungen im schulischen Ablauf – Unwägbarkeiten, die vom Kollegium akzeptiert und getragen werden müssen. Darüber hinaus gilt es, die Unterstützung der Fachschaft Geschichte zu sichern, sie ist für die Planung, Durchführung und Evaluation des Projektes verantwortlich und kann für dessen Nachhaltigkeit sorgen, indem sie es in das schulinterne Fachcurriculum implementiert. Am Ende sollte auch die Unterstützung des Schulträgers und des Schulleiternbeirats für die Finanzierung gesichert werden. Mittlerweile würdigt auch der Schulträger die Kooperation und fördert mit einem finanziellen Zuschuss die Schülerfahrten zur KZ-Gedenkstätte, die leider nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen ist. Damit ist der Transfer zur Gedenkstätte für die Schülerinnen und Schüler kostenlos, da der Förderverein die Restsumme der Fahrtkosten übernimmt. Die Bürgerstiftung schleswig-holsteinische Gedenkstätten verfügt seit einigen Jahren über einen Etat für die Bezuschussung von Fahrten zu Gedenkstätten, der jedoch nicht über das ganze Jahr hinweg ausreicht.

An den Gedenkstätten müssen ebenfalls Strukturen vorgehalten werden, die zum Gelingen einer Kooperation beitragen. Die erste Kontaktaufnahme entsteht oftmals über eine informative Homepage, die über die Geschichte des historischen Lernortes Auskunft gibt und Material zum Download bereithält, sodass der Besuch einer Gedenkstätte schon im Unterricht vorbereitet werden kann. Lehrkräfte benötigen darüber hinaus verlässliche, erreichbare und zeitlich flexible Ansprechpartner vor Ort, die bei Bedarf Führungen und fachliche Unterstützung anbieten. Ferner wird pädagogisch aufgearbeitetes Material für beide Sekundarstufen benötigt. Unterschiedliche Quellen, Bild-, Ton- und Textmaterial sprechen nicht nur unterschiedliche Lernkanäle und Interessen der Besucher an, sondern ermöglichen es den Jugendlichen vor allem, eigene Forschungsschwerpunkte zu setzen.

Fazit

In Bezug auf die Kooperation der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen mit dem ortsansässigen Gymnasium ergibt sich eine Win-win-Situation für beide Seiten. Auf schulischer Seite führte dies zu einer Profilierung der Schule im Bereich der Gesellschaftswissenschaften und des sogenannten *Service Learnings*, das gesellschaftliches Engagement von Schülerinnen und Schülern und mit fachlichem Lernen im Unterricht verbindet. Der Trägerverein auf der anderen Seite hingegen profitiert von den Impulsen der vielen jugendlichen Besucher und setzt damit einen wichtigen Beitrag für die Nachhaltigkeit seiner historischen und erinnerungspolitischen Arbeit.

Uta Körby, Studienleiterin a.D., ist Gründungsmitglied des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen. Sie war ehrenamtliche Leiterin der Gedenkstätte von 2004 bis 2013. Seit 2012 ist sie Sprecherin der neugegründeten Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein e.V.

Indre Schmalfeld unterrichtet Geschichte und Englisch am Gymnasium Kaltenkirchen und war Fachvorsitzende Geschichte zwischen 2004 und 2015. Sie ist seit 2015 Mittelstufenleiterin und Schriftführerin im Trägerverein der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch e.V.

Bildungsarbeit in der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

Melanie Engler

Das im 16. Jahrhundert erbaute Schloss Lichtenburg diente bereits von 1812 bis 1928 als Strafanstalt. Im Juni 1933 eröffneten die Nationalsozialisten ein Konzentrationslager für männliche Gefangene, das fortan eine bedeutende Position im System der Konzentrationslager einnahm. Als Scharnier zwischen den frühen Konzentrationslagern und den ab 1936 errichteten Barackenlagern, die einen neuen Lagertypus darstellen, spiegelt das KZ Lichtenburg auf eindrückliche Weise die Entwicklungsetappen des NS-Staates von seiner Frühphase bis zur Konsolidierung wider.

Im Sommer 1937 wurde das Männer-KZ mit der Überführung der letzten verbliebenen Häftlinge in das KZ Buchenwald aufgelöst. Innerhalb der Inspektion der Konzentrationslager (IKL), einer ab 1934 tätigen Verwaltungszentrale der SS, intensivierte man im Herbst 1937 die Bemühungen, ein zentrales Frauen-KZ im Schloss Lichtenburg einzurichten. Zwischen Dezember 1937 und März 1938 wurden die weiblichen Gefangenen der Schutzhaftabteilung des Provinzialwerkhauses Moringen in das KZ Lichtenburg verlegt, das damit zum ersten zentralen Frauenkonzentrationslager für das gesamte Reichsgebiet unter der Leitung der IKL wurde. Im Mai 1939 erfolgte die Auflösung des Frauen-Konzentrationslagers Lichtenburg mit der Verlegung der Häftlinge in das KZ Ravensbrück.

In der Folgezeit diente das Schloss zunächst als SS-Kaserne, später als SS-Verorgungslager und SS-Hauptzeugamt sowie von September 1941 bis zum Kriegsende als Außenlager des KZ Sachsenhausen. Damit besitzt der Schlosskomplex Lichtenburg eine KZ-Geschichte, die nahezu die gesamte Zeitspanne nationalsozialistischer Herrschaft umfasst.

Das 1933 eingerichtete KZ Lichtenburg wurde von Anfang an von Mitgliedern der SS bewacht. Für eine Vielzahl von SS-Männern war es ein Ort der Ausbildung und der Bewährung. Zahlreiche Karrierewege späterer Lagerkommandanten begannen bereits im Konzentrationslager Lichtenburg, das damit zu einem Ort wird, an dem systematischer Terror seinen Anfang nahm.

Das Schlossensemble ist bis heute fast vollständig in seiner historischen Bausubstanz erhalten. Im Ergebnis vielfältiger zivilgesellschaftlicher Initiativen beschloss der Landtag von Sachsen-Anhalt im März 2006, die ehemalige Mahn- und Gedenkstätte Lichtenburg in die 2007 gegründete Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt aufzunehmen. Im ehemaligen Werkstattflügel eröffnete die Stiftung im Dezember 2011 eine Dauerausstellung mit dem Titel »Es ist böse Zeit ...« Die Konzentrationslager im Schloss Lichtenburg 1933–1945«. Zur Gedenkstätte gehört darüber hinaus der ehemalige »Bunker« als Ort der Bestrafung und des verschärften Arrests im KZ Lichtenburg.

Die Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin versteht sich als ein Ort des Gedenkens und des Erinnerns, ein Ort historischer und politischer Bildungsarbeit, ein Ort der Auseinandersetzung und der Reflexion sowie ein Ort des Sammelns und Forschens. Sie bietet ein umfangreiches und vielfältiges pädagogisches Angebot.

Hierzu gehören Führungen, die sich insbesondere an Erwachsene richten und ein- einhalb bis zwei Stunden dauern. Im Rahmen einer Überblicksführung zur Geschichte



der Konzentrationslager im Schloss Lichtenburg werden die Dauerausstellung sowie Teile des Schlossensembles, darunter die ehemaligen Schafsäle und der ehemalige »Bunker«, besichtigt. Neben angemeldeten Gruppenführungen finden regelmäßig öffentliche Führungen für interessierte Einzelbesuchende statt. Darüber hinaus werden Projektstage angeboten, die gezielt für Schulklassen und Jugendgruppen konzipiert wurden und drei bis fünf Stunden dauern. Je nach Zeitumfang und Kenntnisstand können verschiedene Module und Methoden miteinander kombiniert werden:

Projekttag mit Schülerinnen und Schülern des Lucas-Cranach-Gymnasiums Wittenberg in der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin, 2014.
Foto: Sammlung Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

- Einführungs- und Sensibilisierungsphase
- Individuelle Erkundung des Schlossareals und historische Spurensuche sowie gemeinsame Verortung der Spuren
- Recherchephase (Dauerausstellung, Besucherleitsystem, historisches Quellenmaterial)
- Gemeinsamer Rundgang über das Gelände des Schlosses Lichtenburg mit Präsentationen der Teilnehmenden an ausgewählten Stationen
- Auswertungs- und Reflexionsphase.

Inhaltliche Schwerpunkte sind der Übergang von der Demokratie zur Diktatur, das KZ inmitten der Stadt, die Etappen der NS-Verfolgungspolitik im Spiegel der Häftlingsgesellschaft sowie das Lagerpersonal. Die Topographie des Schlosses spielt vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit »vorgefertigten Bildern im Kopf« eine zentrale Rolle.

Führungen für Schulklassen und Jugendgruppen finden nur in Ausnahmefällen statt. Im Rahmen von Vorbereitungsgesprächen wird den Gruppenbetreuenden emp-

fohlen, einen Projekttag in der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin durchzuführen, da die thematische Auseinandersetzung hier viel intensiver erfolgen kann. Dieses Angebot hat sich vor allem in der Region inzwischen bewährt: Im Schnitt verbringen Schulklassen vier Stunden vor Ort.

Auf Nachfrage können Fortbildungen für Studierende, Lehrkräfte, Referendarinnen und Referendare sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der historisch-politischen Bildungsarbeit, die die Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin als außerschulischen Lernort vorstellen, individuell geplant werden.

Neben diesen Angeboten konnten in Kooperation mit verschiedenen Partnerinnen und Partnern in den vergangenen Jahren unter anderem folgende Projekte umgesetzt werden:

- Internationale Workcamps in Zusammenarbeit mit der Stadt Annaburg und dem Verein Service Civil International
- Geschichte und Kultur der Sinti und Roma – Ein Modellprojekt in Kooperation mit der Alten Feuerwache e.V. Jugendbildungsstätte Kaubstraße in Berlin
- »MenschenNummern. Über das LagerLeben – das LagerÜberLeben« – Ein Stationstheaterprojekt in Zusammenarbeit mit moments e.V., einem Wittenberger Verein für Kulturpädagogik
- »HistoryCraft – Eine virtuelle Ausstellung zum KZ Lichtenburg in Minecraft« in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt in Wittenberg.

All diese Projekte waren drittmittelfinanziert und wären ohne die Kooperationen nicht realisierbar gewesen!

Die Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin arbeitet zudem intensiv mit einigen Schulen aus der Region zusammen, mit denen teilweise Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen wurden. Stellvertretend sei hier das Gymnasium Jessen genannt, das unter anderem in die Ausgestaltung der jährlich stattfindenden Gedenkveranstaltung zum 27. Januar eingebunden ist, für die Schülerinnen und Schüler – begleitet durch die Gedenkstätte – thematisch ausgerichtete szenische Lesungen entwickeln und aufführen. Zahlreiche Kunstprojekte, die in verschiedene Ausstellungen mündeten, konnten inzwischen umgesetzt werden. Zudem betreut die Gedenkstätte thematisch passende Studienarbeiten, die Schülerinnen und Schüler als besondere Lernleistung schreiben und anschließend verteidigen.

In den Jahren 2012 bis 2016 haben zwischen rund 2400 (im Jahr 2012) und 4000 (im Jahr 2014) Personen die Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin besucht. In den Jahren 2015 und 2016 pendelte sich die Gesamtzahl bei 3500 Besuchenden ein. Dabei waren im Schnitt 40 Prozent Einzelbesuchende (darunter während der Saison zahlreiche Elberadwegtouristinnen und -touristen) sowie 15 Prozent Veranstaltungsgäste zu verzeichnen. Den übrigen Anteil bilden Personen, die die Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin im Rahmen von pädagogischen Angeboten (Führungen, Projekttag für Schulklassen/Jugendgruppen sowie Projekttag mit Erwachsenen) besuchten. Gerade die Zahl der Projekttag mit Jugendlichen konnte in den letzten Jahren sukzessive gesteigert werden:

2014: 32 Projekttag mit 881 Teilnehmenden,

2015: 37 Projekttag mit 920 Teilnehmenden,

2016: 39 Projekttag mit 735 Teilnehmenden.

Zum Personal der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin gehören eine Leiterin (40 Wochenstunden) sowie eine Sachbearbeiterin (30 Wochenstunden). Bis zum Sommer 2016 stand dem Team der Gedenkstätte eine abgeordnete Lehrerin (8 Wochenstunden) unterstützend zur Verfügung. Daneben gibt es (schwankend) ein bis zwei Honorarkräfte, die nach einer Hospitations- und Ausbildungsphase Gruppen betreuen. Die Personalsituation der Gedenkstätte gehört zu den Herausforderungen des Gedenkstättenalltags. In den letzten Jahren erwies es sich als äußerst schwierig, geeignete Honorarkräfte zur Betreuung von Besuchsgruppen zu finden. Dabei scheinen vor allem die Lage und die verkehrstechnische Anbindung der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin hinderlich zu sein. Prettin, am äußersten Randzipfel des Landkreises Wittenberg gelegen, befindet sich in einer infrastrukturell schwachen, ländlichen Region. Die nächsten Universitäten (Leipzig, Halle [Saale], Magdeburg) liegen zwischen 70 und 190 Kilometern entfernt. Bis dato ist es trotz mehrfacher Versuche nicht gelungen, Studierende für die pädagogische Arbeit der Gedenkstätte zu gewinnen. Damit wird vor allem die Betreuung von Parallelgruppen zu einer Herausforderung, die manchmal nur bewältigt werden kann, wenn ein Kollege aus einer anderen sachsen-anhaltischen Gedenkstätte unterstützend beispringt.

Die Personalsituation der Gedenkstätte stellt noch auf einer weiteren Ebene eine Herausforderung dar: Wenngleich es einen regelmäßigen und intensiven fachlichen Austausch innerhalb der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt gibt, fehlt mitunter der fachliche, kollegiale Austausch vor Ort, eine Vor-Ort-Reflexionsebene für die eigene Arbeit.

Mit der Einrichtung einer vollen Pädagogikstelle Ende des Jahres 2017 entspannt sich diese Situation deutlich. Zudem sind nun zahlreiche neue Möglichkeiten für die pädagogische Arbeit gegeben, insbesondere im Hinblick auf die Erschließung neuer Zielgruppen und die Konzeption neuer pädagogischer Angebote.

Melanie Engler leitet seit Dezember 2012 die Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin.

Bildungsarbeit in der Gedenkstätte und dem Museum Sachsenhausen

BESUCHERZAHLEN UND ANGEBOTE
PERSONAL UND ORGANISATION –
PROBLEME UND HERAUSFORDERUNGEN

Stephanie Bohra

In der Gedenkstätte und dem Museum Sachsenhausen treffen Besucherinnen und Besucher auf einen Ort, an dem verschiedene historische Schichten miteinander verbunden sind: die Geschichte der Konzentrationslager Oranienburg und Sachsenhausen (1933–1945), des Sowjetischen Speziallagers Nr. 7/Nr. 1 (1945–1950), der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte (1961–1990) und der Gedenkstätte und des Museums Sachsenhausen (seit 1993). Der Ort hat in den vergangenen 25 Jahren einen grundlegenden Prozess der Neukonzeption und Neugestaltung zu einem zeithistorischen Museum mit besonderen humanitären und bildungspolitischen Aufgaben durchlaufen, der weitgehend verwirklicht, wenn auch noch nicht abgeschlossen ist. Die erhaltenen Gebäude und Relikte wurden mehrheitlich denkmalgerecht restauriert und saniert. Gleiches gilt für die Mahnmalsanlage der DDR, die nur dort zurückgenommen wurde, wo die DDR-Gestaltung in Konkurrenz zu den ursprünglichen baulichen Strukturen und Relikten getreten war, wie zum Beispiel an der ehemaligen »Station Z«, dem Bereich der Vernichtungsanlagen des Konzentrationslagers Sachsenhausen. Darüber hinaus wurde und wird die Geschichte des Ortes schrittweise wissenschaftlich aufgearbeitet und im Rahmen eines dezentralen Museumskonzepts mit Dauer- und Wechselausstellungen der Öffentlichkeit präsentiert.¹ Für die Bildungsarbeit ist die Vielschichtigkeit des historischen Ortes, der durch die unterschiedlichen Nutzungen und Musealisierungsprozesse zahlreiche bauliche Veränderungen aufweist, eine besondere Herausforderung. Genau diese Veränderungen stehen nämlich häufig im Widerspruch zu den hohen Erwartungen der Besucherinnen und Besucher an Originalität und scheinbare Authentizität des historischen Ortes. Diesen Erwartungen zu begegnen, sie quasi zu irritieren und dabei das Interesse an der Geschichte des Ortes zu bewahren und zahlreiche Fragen aufzuwerfen, ist eine wesentliche Aufgabe der Pädagoginnen und Pädagogen. Dabei hilft die Arbeit mit den 13 modernen Dauerausstellungen, die die erhaltenen Gebäude und Relikte in die Darstellung einbeziehen. Anhand von zahlreichen Exponaten – Dokumenten, Fotos, Zeichnungen, Zeitzeugeninterviews und Artefakten – können sich sowohl Individualbesucherinnen und -besucher als auch betreute Gruppen verschiedenen Aspekten der Geschichte nähern. So thematisiert die Ausstellung »Medizin und Verbrechen« in den ehemaligen Revierbaracken beispielsweise die medizinische Versorgung im Konzentrationslager und medizinische Versuche an KZ-Häftlingen. Die Ausstellung »Ereignisse und Entwicklungen« in der ehemaligen Häftlingsküche behandelt unter anderem die Entwicklung der sogenannten Häftlingsgesellschaft im KZ Sachsenhausen und das Thema KZ-Zwangsarbeit. Schließlich gibt es in der ehemaligen KZ-Inspektion, dem Turm A und dem Kommandantenhaus drei Ausstellungen, die sich den KZ-Tätern widmen – ihren Verbrechen, Motiven, Handlungsspielräumen und ihrer strafrechtlichen Verantwortung.



Besucherzahlen und pädagogische Angebote

In den letzten Jahren ist in der Gedenkstätte und dem Museum Sachsenhausen ein kontinuierlicher Besucheranstieg zu verzeichnen. 2017 kamen schätzungsweise mehr als 700 000 Besucherinnen und Besucher. Damit hat sich die Zahl seit dem Jahr 2006 verdoppelt. Sachsenhausen verzeichnet somit nach der Gedenkstätte Dachau das zweithöchste Besucheraufkommen unter den KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik. Ein wesentlicher Grund hierfür ist der zunehmende Berlin-Tourismus, dessen Besucherzahlen sich im gleichen Zeitraum ebenfalls nahezu verdoppelt haben.² Entsprechend ist auch die Zusammensetzung der Besucherinnen und Besucher der Gedenkstätte in den letzten Jahren sehr viel internationaler geworden. Eine große Zahl an Gästen kommt aus dem spanisch- und englischsprachigen Ausland. Angesichts fehlender aktueller Besucherforschung ist der Anteil der ausländischen Gäste jedoch schwer zu schätzen, tendenziell scheinen deutlich mehr ausländische als deutsche Gäste die Gedenkstätte zu besuchen. Das erstaunt umso mehr, als anreisende Touristen, die sich in der Regel zwei bis drei Tage in Berlin aufhalten, zumeist mehr als einen halben Tag für einen Besuch in Sachsenhausen einplanen müssen. Das bedeutet, dass die Mehrheit der ausländischen Berlin-Besucher anders als zum Beispiel im Falle der »Topographie des Terrors« oder des »Denkmals für die ermordeten Juden Europas« sich zumeist langfristig und bewusst auf die nicht einfache An- und Abreise mit der S-Bahn und ohne Buszubringer einstellen müssen.

Fast die Hälfte der rund 700 000 Besucherinnen und Besucher wurde im Rahmen von Führungen und Studientagen zur Geschichte des Ortes betreut oder erhielt spezifische Informationen durch einen Audioguide. Der pädagogische Dienst der Gedenkstätte Sachsenhausen begleitete 2017 rund 2700 Gruppen mit etwa 61300 Teilnehmenden im Rahmen von Führungen und Studientagen. Bei den Teilnehmenden handelte es

Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen: Turm A, ehemaliger Sitz der SS-Lagerverwaltung und Eingang in das Häftlingslager
Foto: Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

sich überwiegend um Schüler- und Jugendgruppen sowie Studierende. Der Anteil der fremdsprachig betreuten Teilnehmenden lag bei etwa 38 Prozent. Für die Durchführung der Angebote werden moderate Entgelte erhoben. Ungeachtet dessen übersteigt die Nachfrage bei weitem das Angebot, das durch die personellen und teilweise auch räumlichen Ressourcen der pädagogischen Abteilung limitiert ist. Der Besucherdienst muss daher regelmäßig anfragenden Gruppen absagen. Dies gilt nicht zuletzt auch für Schulklassen. Das am stärksten nachgefragte pädagogische Format ist immer noch die in mehreren Sprachen angebotene Führung zur Geschichte des Ortes, die angesichts des weitläufigen Gedenkstättenengeländes zwischen zwei und drei Zeitstunden dauert. 2017 wurden 2369 Führungen durchgeführt. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt auf Wunsch der Teilnehmenden in der Regel auf der Geschichte des Konzentrationslagers, wengleich das Sowjetische Speziallager und die Zeit der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte in der DDR ebenfalls immer Erwähnung finden. Führungen mit anderen Themenschwerpunkten, zum Beispiel zur Geschichte des Sowjetischen Speziallagers oder einzelnen Häftlingsgruppen im Konzentrationslager, werden deutlich seltener nachgefragt.

Um den zahlreichen interessierten touristischen Gästen aus dem Ausland trotz einer angespannten Personalsituation ebenfalls eine persönliche Betreuung und nicht nur den Audioguide anbieten zu können, hat sich die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten 2011 entschieden, kommerziellen Unternehmen und freiberuflichen Gästeführern die Durchführung von Führungen auf dem Gelände der Gedenkstätte Sachsenhausen zu erlauben. Zu diesem Zweck wurde ein kostenpflichtiges Qualitätssiegel eingeführt. Die sogenannte Zertifizierung soll auch bei kommerziellen Führungen qualitative Standards gewährleisten, die sich an jenen des pädagogischen Dienstes orientieren. Entsprechend müssen die externen Guides an einer verpflichtenden zweitägigen Schulung zur Geschichte der unterschiedlichen historischen Phasen (Grundkurs) teilnehmen und regelmäßig Fortbildungskurse absolvieren. Bei der Durchführung der Kurse wird der Besucherdienst maßgeblich durch das wissenschaftliche Personal der Gedenkstätte Sachsenhausen unterstützt. Im Anschluss an diese Zertifizierung können die entsprechend geschulten Guides ein Qualitätssiegel erwerben, das sie gegenüber ihren Teilnehmenden als von der Gedenkstätte geprüfte Anbieter ausweist. Inzwischen wurde mehr als 500 externe Guides zertifiziert, von denen jährlich mehr als 200 aktiv in der Gedenkstätte tätig sind. Die Führungen der externen Anbieter stoßen bei den Berlin-Touristen auf außerordentliches Interesse, was in den letzten Jahren ebenfalls in stetig steigenden Gruppen- und Teilnehmerzahlen zum Ausdruck kommt. 2017 wurden in diesem Rahmen 7124 Gruppen mit 143 335 Personen geführt. Das bedeutet bei der Zahl der Teilnehmenden eine Steigerung um acht Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Führungen fanden vorwiegend in spanischer und englischer, aber auch in zahlreichen anderen europäischen Sprachen statt. Hinzu kommen 16 111 norwegische Schülerinnen und Schüler, die von den Organisationen »Aktive Fredsreiser« und »Hvitte Busser« betreut wurden. Neben den externen Guides bietet aufgrund der großen Nachfrage auch der Förderverein der Gedenkstätte und des Museums Sachsenhausen Führungen in der Gedenkstätte an. Die in seinem Auftrag tätigen Guides nehmen ebenfalls an den Zertifizierungskursen teil. Im vergangenen Jahr begleiteten sie 882 Gruppen mit 13 772 Gästen. Bei der Audioführung, deren Entleihung ein Fremdanbieter verantwortet, wurden 95 430 Entleihungen registriert.



Die Durchführung ein- und mehrtägiger Studientage obliegt in der Gedenkstätte und dem Museum Sachsenhausen allein den festen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des pädagogischen Dienstes sowie den dort tätigen Guides, weil hierfür vertieftes zeit-historisches Fachwissen und gedenkstättenpädagogische Erfahrung erforderlich sind. Gegen die unglaubliche Gesamtzahl von insgesamt mehr als 10 000 Führungen mutet die Zahl von 314 Studientagen, die 2017 durchgeführt wurden, allerdings außerordentlich gering an, wenngleich der pädagogische Dienst die Zahl gegenüber dem Vorjahr um 15 Prozent steigern konnte und Studientage nicht für alle vom pädagogischen Dienst betreuten Gruppen von Interesse sind. Wie bei den Führungen gilt, dass vorrangig Angebote zur Geschichte des Konzentrationslagers nachgefragt werden, die Geschichte des Sowjetischen Speziallagers spielt eine untergeordnete Rolle. In diesem Jahr soll jedoch ein neues Format zum Thema entwickelt werden, dass sich dann hoffentlich größerer Nachfrage erfreut. Zur Geschichte des Konzentrationslagers sind bereits 2013/14 im Rahmen eines von der Europäischen Union geförderten Projekts neue interaktive Formate für Studientage entwickelt worden, die sich an Jugendliche ab 15 Jahren richten und inzwischen regelmäßig von deutschen und internationalen Gruppen genutzt werden. Für die Durchführung der Formate müssen allerdings wenigstens fünf Zeitstunden eingeplant werden.

Die angebotenen Studientage und Mehrtagesseminare orientieren sich an den Ideen des Lernens am historischen Ort, des forschenden und aktiven Lernens, der Multiperspektivität und der Kompetenzorientierung. Es gibt Überblickseminare, bei denen das forschende Lernen mit historischen Quellen, wie Fundstücken, Häftlingszeichnungen und Fotos, einen Schwerpunkt bildet. Die Beschäftigung mit den unterschiedlichen Quellen in Ausstellungen und anhand von Materialmappen soll eine Annäherung an die Geschichte des Ortes und die Lebensbedingungen der Häftlinge ermöglichen und

Gedenkstätte und
Museum Sachsen-
hausen: Jüdische
Baracken 38 und 39
Foto: Stiftung
Brandenburgische
Gedenkstätten

Projekt ueberLAGERT:
Brandenburger
Jugendliche forschen
zu KZ-Außenlagern,
2017
Foto: Roman Guski



zugleich quellen- bzw. medienkritisches Arbeiten, multiperspektivische Geschichtsbetrachtung und historisches Denken schulen.³ Darüber hinaus gibt es verschiedene thematische Seminare, zum Beispiel einen Biografie-Studententag, der die vielfältigen Verfolgungsgründe im Nationalsozialismus ins Bewusstsein der Jugendlichen rücken soll. Die Lebensgeschichten ehemaliger Häftlinge dienen dabei als Ausgangspunkt, um sich mit Hilfe unterschiedlicher Quellen den Stationen ihres Lebens zu nähern und verschiedene Verfolgungsschicksale vergleichend zu betrachten. Daneben können Studententage zu verschiedenen Häftlingsgruppen gebucht werden, zum Beispiel zu den Sinti und Roma. Sie behandeln spezifische Aspekte von Ausgrenzung, Entrechtung und Verfolgung der einzelnen Gruppen, arbeiten mit Biografien ehemaliger Häftlinge und diskutieren nach Möglichkeit gegenwartsrelevante Fragen, wie die fortgesetzte Diskriminierung von Roma in Europa. Auch der Studententag »Stadt und Lager«, der sich mit den vielfältigen Beziehungen zwischen dem KZ Sachsenhausen und der Stadt Oranienburg beziehungsweise der Gemeinde Sachsenhausen während der NS-Zeit beschäftigt, wirft Fragen nach dem heutigen Umgang der Stadt mit ihrem historischen Erbe auf. Ähnliches gilt für den Studententag »Medizin und Verbrechen«, der nicht nur den Missbrauch von KZ-Häftlingen für medizinische Experimente thematisiert, sondern Bezüge zu medizinethischen Debatten herstellen kann, wie zum Beispiel zur Diskussion über die Durchführung klinischer Studien an Demenzkranken, die nicht mehr einwilligungsfähig sind und selbst keinen persönlichen Nutzen aus den an ihnen getesteten Medikamenten ziehen können.

Seit 2006 verfügt die Gedenkstätte Sachsenhausen auch über eine internationale Jugendbegegnungsstätte, das »Haus Szczypiorski«. Das nach dem polnischen Schriftsteller und ehemaligen Häftling des KZ Sachsenhausen Andrzej Szczypiorski (1928–2000) benannte Gästehaus verfügt über 32 Betten, Seminarräume und Freizeitmöglichkeiten. Es erlaubt einzelnen Schulklassen oder internationalen Jugendgruppen, sich über mehrere Tage intensiv mit der Geschichte des Ortes zu beschäftigen, unterschiedliche (nationale) Perspektiven zu beleuchten und sich darüber zu verständigen. Die mehr-

tägigen Seminare können sich modularartig aus einzelnen Komponenten der genannten Studientage zusammensetzen oder einen kultur- oder medienpädagogischen Schwerpunkt haben.⁴ Exemplarisch sei ein mehrtägiges Projekt zur Arbeit mit Lochbildkameras erwähnt, bei dem sich die Jugendlichen mit Hilfe von selbst gebauten Lochbildkameras auf eine fotografische Spurensuche in die Gedenkstätte Sachsenhausen begeben. Mithilfe der Fotografie dokumentieren sie ihre individuellen Fragen und Gedanken zur Geschichte des Ortes, interviewen Besucherinnen und Besucher der Gedenkstätte oder zeigen historische Relikte, die sie besonders berührt oder zum Nachdenken gebracht haben. Mit den Lochbildkameras lernen die Jugendlichen außerdem viel über die Entstehungsbedingungen und den Konstruktionscharakter von Fotos und diskutieren anhand historischer Fotos die Besonderheit der Fotografie als historische Quelle. Ihre unterschiedliche Perspektiven auf den Ort und seine Geschichte präsentieren die Teilnehmenden abschließend auf einem Blog, der kontinuierlich fortgeschrieben wird.⁵

Personal und Organisation

Der pädagogischen Abteilung stehen insgesamt zehn Planstellen in Vollzeit zur Verfügung, die derzeit mit 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besetzt sind. Das Team setzt sich aus zwei Leitern in Teilzeit sowie sechs Gedenkstättenpädagoginnen und -pädagogen zusammen, davon zwei in Vollzeit und vier in Teilzeit. Dazu gehören ferner zwei Sachbearbeiterinnen in Vollzeit, die abwechselnd mit der Gruppenanmeldung und -verwaltung und mit der Besucherinformation im Eingangsbereich der Gedenkstätte betraut sind und dort durch weitere fünf Teilzeitkräfte unterstützt werden. Hinzu kommen rund 60 studentische und freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit einer unterschiedlichen Zahl an Wochenstunden als Guides Führungen und Studientage durchführen. Überdies gibt es drei Lehrkräfte, die vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport in Brandenburg als Gedenkstättenlehrerinnen und -lehrer mit insgesamt 40 Unterrichtsstunden abgeordnet sind und in der Hauptsache Brandenburger Schülerinnen und Schüler unentgeltlich betreuen.

Zu den Kernaufgaben der festangestellten Pädagoginnen und Pädagogen gehören die konzeptionelle Entwicklung, Evaluation und Durchführung gedenkstättenpädagogischer Angebote, die fachliche Beratung von Lehrkräften und Guides sowie die Durchführung von Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Daneben haben alle noch besondere Arbeitsschwerpunkte oder Aufgaben, beispielsweise die Unterstützung der Anmeldung bei Besuchergruppen mit vertieften Programmwünschen, organisatorische und inhaltliche Begleitung der internationalen Workcamps, die fachliche und pädagogische Betreuung von Freiwilligen und Praktikanten, die Ausbildung, Fortbildung und Beratung von Guides, die Organisation und Begleitung mehrtägiger Seminare und Jugendbegegnungen in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte »Haus Szczypiorski« sowie die Organisation der Grund- und Fortbildungskurse für die externen Gästeführer und deren Betreuung. Trotz der in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegenen Besucherzahlen und den erhöhten Anforderungen an das pädagogische Personal, beispielsweise durch die mit der Zertifizierung verbundenen Aufgaben, blieb der Personalschlüssel in all den Jahren konstant. Erst im vergangenen Jahr wurde der Gedenkstätte Sachsenhausen – wie den meisten anderen großen KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik – eine zusätzliche Stelle genehmigt und besetzt, die sich künftig der bisher vernachlässigten Erwachsenen- und Berufsbildung widmen und

entsprechende Formate entwickeln soll, etwa für Studierende, Auszubildende sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Polizei, Justiz und medizinischen Berufen.

Um der gestiegenen Nachfrage nach pädagogischen Angeboten auch in verschiedenen Sprachen nachkommen zu können, hat die Gedenkstätte Sachsenhausen in den letzten Jahren verstärkt studentische und freiberufliche Guides ausgebildet, die vor allem im Führungsbetrieb eingesetzt werden. Einmal jährlich wirbt die Gedenkstätte mit einer Ausschreibung um interessierte Bewerberinnen und Bewerber, zudem sind Initiativbewerbungen möglich. Die meisten Guides sind Studierende oder Absolventen eines geistes- oder sozialwissenschaftlichen Studienfachs. Viele sind in Deutschland geboren und aufgewachsen, die anderen kommen zum Beispiel aus Frankreich, Luxemburg, Italien, Dänemark, Russland und Japan. Auch wenn das Team sprachlich breit aufgestellt ist, ist mit Blick auf die immer vielfältiger werdende Bevölkerung in der Bundesrepublik und das internationale Publikum eine größere Diversität unbedingt erforderlich. Bisher ist es der Gedenkstätte jedoch nicht gelungen, Kolleginnen und Kollegen mit einem Migrationshintergrund beispielsweise aus Südosteuropa, der Türkei oder arabisch- sowie persischsprachigen Ländern zu gewinnen. Hier müssen die Anstrengungen trotz mancher Bemühungen sicher noch verstärkt werden.

Die Ausbildung der Guides erfolgt in mehreren Schritten und verfolgt das Ziel, die angehenden Guides zu befähigen, ein eigenes Führungskonzept und -narrativ zu entwickeln, das sich klar an den historischen Ereignissen und Entwicklungen orientiert, aber auch genügend Raum für eigene Schwerpunktsetzungen und die Interessen der Besucherinnen und Besucher lässt. Die Ausbildung beinhaltet die Teilnahme an zwei Workshops, einem pädagogisch-methodischen Workshop, der zweieinhalb Tage dauert und sich unter anderem mit Aspekten von NS-Täterschaft, Subjekt- und Objektzentrierung, Dialogorientierung und selbstreflexiven Übungen befasst, und einem Workshop zur Geschichte des Ortes. Hierbei handelt es sich um den oben genannten Grundkurs, den auch die externen Gästeführer im Rahmen der Zertifizierung besuchen. Daneben erhalten die angehenden Guides einen Reader mit einschlägigen wissenschaftlichen Texten zum historischen Ort und bekommen die Gelegenheit, bei erfahrenen Kolleginnen und Kollegen zu hospitieren. Wenn sie ihr Konzept fertiggestellt haben, absolvieren sie an verschiedenen ausgewählten Orten eine Probeführung. Nach bestandener Prüfung können sie Führungen in der Gedenkstätte Sachsenhausen übernehmen und mit etwas Erfahrung auch Studientage durchführen. Der pädagogische Dienst versucht, regelmäßig Fortbildungen zu neuen Ausstellungen oder pädagogischen Themen anzubieten. Die Teilnahme ist nicht verpflichtend, aber unbedingt erwünscht und das Angebot wird meist gut angenommen. Da inzwischen viele Guides auch bei anderen Einrichtungen in Berlin, wie der Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz, dem Denkmal für die ermordeten Juden Europas oder der Topographie des Terrors, tätig sind, gibt es auch einrichtungsübergreifende Weiterbildungen, die von der Koordinatorin der Ständigen Konferenz der Leiter der NS-Gedenkorte im Berliner Raum (Stäko) und den pädagogischen Leiterinnen und Leitern initiiert und organisiert werden.

Probleme und Herausforderungen

Das derzeit kontinuierlich große Besucherinteresse ist außerordentlich erfreulich, denn darin kommt nicht nur ein besonderes Interesse für zeitgeschichtliche Themen zum Ausdruck, sondern auch eine Wertschätzung der Gedenkstättenarbeit in Sachsenhausen.



Teilnehmende einer deutsch-polnisch-tschechischen Jugendbegegnung, 2017
Foto: Annika Hentschel

Besucherinnen und Besucher äußern sich unter anderem in Besucherbüchern, per Mail, auf Facebook oder Tripadvisor zumeist sehr positiv über ihren Besuch der Gedenkstätte und des Museums Sachsenhausen, den sie als sehr lohnend beschreiben. Sie zeigen sich beeindruckt über die Fülle an aufbereiteten Informationen, die sie durch den Audio-guide, die verschiedenen Ausstellungen oder von Guides zur Geschichte des Ortes erfahren haben. Gerade die in den letzten Jahren professionalisierte Ausbildung der internen und externen Guides dürfte hierzu beigetragen haben. Dennoch sieht sich der pädagogische Dienst in Sachsenhausen vor diverse Probleme und Herausforderungen gestellt, von denen ich drei grundsätzliche abschließend kurz umreißen möchte:

- Die personellen Ressourcen des pädagogischen Dienstes haben mit dem außerordentlichen Besucheranstieg in den letzten Jahren nicht im Mindesten Schritt gehalten. Das fest angestellte pädagogische Personal muss einen wesentlichen Teil seiner wöchentlichen Arbeitszeit organisatorisch-administrativen Aufgaben widmen, etwa der Gruppenorganisation, Aus- und Weiterbildung von Guides und logistischen Erfordernissen rund um die Zertifizierung. Das wirkt sich in erster Linie auf die konzeptionelle und praktische Arbeit aus und damit zu Lasten von betreuungsintensiven Formaten, wie Studientagen und mehrtägigen Seminaren. Hier wäre eine personelle Verstärkung unbedingt erforderlich, um die weiterhin dringend benötigte Entwicklung, regelmäßige Evaluation und Anpassung pädagogischer Formate verstärkt auch mit eigenem, erfahrenen Personal bewältigen zu können. Damit einhergehen sollte auch eine bessere Bezahlung der gedenkstättenpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in Brandenburg meist in TVL 9 eingruppiert sind. Angesichts ihrer universitären Ausbildung und der zu bewältigenden Aufgaben sowie mit Blick auf die angestrebte Besserstellung von Grundschullehrerinnen und -lehrern und nicht zuletzt auch von Erzieherinnen und Erziehern wäre eine höhere Eingruppierung eine wichtige Anerkennung der Arbeitsleistung.

- Die Infrastruktur der Gedenkstätte ist dem hohen Besucheraufkommen ebenfalls nicht gewachsen. Das Besucherinformationszentrum (BIZ), das ursprünglich für die

Hälfte der Besucherzahlen geplant war, ist für die oftmals zeitgleich ankommenden Besucherströme zu klein, die Toilettenanlagen und der Bereich der Besucherinformation überlastet, so dass sich Warteschlangen im Eingangsbereich bilden. Das Ausstellungsmobiliar und die -technik sowie die Toiletten sind oft stark beansprucht und müssten entsprechend häufiger gewartet, repariert und gereinigt werden, was angesichts begrenzter Mittel kaum möglich ist. Darüber hinaus fehlen an manchen Tagen die räumlichen Kapazitäten, um bei der parallelen Betreuung von mehreren Schulklassen in Kleingruppen zu arbeiten.

■ Die hohe Auslastung bei den durch den Besucherdienst betreuten Gruppen illustriert, dass die Gedenkstätte und das Museum Sachsenhausen kein Nachfrageproblem hat. Allerdings beschränkt sich diese in der Hauptsache auf kurzzeitige pädagogische Formate, die zwischen zwei und vier Zeitstunden umfassen. Dies lässt die seitens der Politik und auch von Lehrkräften vielfach geäußerten Erwartungen an Gedenkstättenbesuche, sie mögen präventive Wirkung gegen Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung entfalten, noch weniger realistisch erscheinen, als sie es wohl ohnehin sind. Ungeachtet dessen wäre eine Ausweitung von mehrstündigen Studientagen und Mehrtagesseminaren, die eine vertiefende, kritische und vielleicht auch nachhaltigere Auseinandersetzung mit dem Thema erlauben, erstrebenswert. Dieses Anliegen scheint aber häufig mit schulstrukturellen Erfordernissen – Lehrkräftemangel, Unterrichtsausfall, fehlende Finanzierung – zu kollidieren. Hier wäre eine stärkere Unterstützung und Förderung der außerschulischen Bildungsarbeit durch die Bildungsverwaltungen der Länder geboten.

Stephanie Bohra hat bis zum 31. März 2018 als Elternzeitvertretung die Pädagogischen Dienste der Gedenkstätte Sachsenhausen und die Internationale Jugendbegegnungsstätte »Haus Szczypiorski« geleitet.

- 1 Vgl. Günter Morsch, Die Transformation der historischen Orte. Sanierung, Rekonstruktion und Neugestaltung am Beispiel von Sachsenhausen, in: Gabriele Hammermann, Dirk Riedel (Hrsg.), Sanierung, Rekonstruktion, Neugestaltung. Zum Umgang mit historischen Bauten in Gedenkstätten, Göttingen 2014, S. 74–96 sowie derselbe, Zum Wandel der Gedenkstätten nach der Deutschen Einheit, in: Museumsblätter. Mitteilungen des Museumsverbandes Brandenburg 10 (2007), S. 10–14.
- 2 Zur Entwicklung der Berliner Tourismuszahlen seit 1996 vgl. www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaft/branchen/tourismus/artikel.110610.php (Zugriff am 26. 4. 2018).
- 3 Vgl. hierzu Martin Schellenberg, Lernen mit Fundstücken am historischen Ort, in: Commitment without Borders. Ein deutsch-türkisches Handbuch zu Antisemitismusprävention und Holocaust Education, hrsg. v. Aycan Demirel/Derviş Hızarcı im Auftrag der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIGÄ e.V.), Berlin 2016, S. 45–47.
- 4 Einen Überblick über die kulturpädagogischen Seminarformate findet sich in: kunst – raum – erinnerung. Künstlerische und kulturpädagogische Strategien in KZ-Gedenkstätten, hrsg. v. Bildungsverbund für die Internationale Jugendbegegnungsstätte Sachsenhausen e.V., Potsdam 2010, www.viel-falt-mediathek.de/data/bildungsverbund__kunst_raum_erinnerung_vielfalt_mediathek.pdf (Zugriff am 29. 4. 2018).
- 5 Vgl. <https://pinholecameraphotos.wordpress.com> (Zugriff am 29. 4. 2018).

Gedenkstättenpädagogik in Beziehung zu Schule, Universität und Museum

Schule und Gedenkstätten

EIN BERICHT ÜBER LEHRER-AUSBILDUNG UND KOOPERATIONEN
ZWISCHEN SCHULEN UND GEDENKSTÄTTEN

Gottfried Köbler

Schulisches Lernen ist an den institutionellen Rahmen gebunden. Lehrkräfte agieren in einem festen Korsett von Lehrplänen, Prüfungsanforderungen, Fachkonferenzbeschlüssen. Außerschulische Lernorte versprechen eine Öffnung des schulischen Lernens. Wie wir spätestens seit Verena Haugs Untersuchung »Am authentischen Ort«¹ wissen, trägt diese Erwartung. Die Lerngruppe bringt die Form Schule mit an den außerschulischen Ort. Die Schülerinnen und Schüler untereinander, aber auch die Lehrkräfte ändern nicht ihre Interaktionsformen und sie verlassen auch nicht die Rollen, die sie im Rahmen des schulischen Alltags gewohnt sind. Mindestens ebenso – oder noch stärker – sind zugleich die Annahmen und Prägungen der außerschulischen Pädagogen in Bezug auf die Konzeption, was Lernen in der Schule bzw. an außerschulischen Orten ausmacht und unterscheidet. Es besteht selten eine reflektierte Vorstellung davon, was freies, nicht auf den linearen Erfolg der Aneignung von Wissen gerichtetes Aneignen eines Themas oder auch eben eines Ortes und seiner Geschichte sein kann. Dazu wäre nicht zuletzt ein Austausch über Konzepte und Erfahrungen beiderseits erforderlich.

Umgekehrt, positiv gesprochen: Ein langfristiges Zusammenarbeiten einer Schule mit einer Gedenkstätte kann für beide Institutionen und die beteiligten Akteure effektiv und ertragreich sein. Es sollte eine Kommunikationskultur in beide Richtungen geben. Auch die einzelnen Schülerinnen und Schüler können davon profitieren, wenn sie die z.B. eine Gedenkstätte und dort beschäftigte Personen kennen. Auch Orte wie Gedenkstätten, auf die sich bei Jugendlichen oft Befürchtungen richten, sie könnten emotional oder moralisch Anforderungen an sie richten, können so zu Vermittlungsorten werden. Das bedeutet, dass dort selbstständig und explorativ gearbeitet werden kann, dass die Freiheit der Aneignung gerade an einem schwierigen Gegenstand erfahren wird. Gedenkstätten sind Lernorte auf den unterschiedlichsten Feldern. Das hängt von der konkreten Institution ab: Geografie, Archiv, politische Bildung, Ausstellung, Projektarbeit etc. Diese Aufzählung soll verdeutlichen, wie vielfältig die Möglichkeiten sind, formale Qualifikationen zu erwerben und Fähigkeiten zu trainieren. Lernen findet also in Gedenkstätten – und Museen – nicht nur im Feld der jeweiligen thematischen Widmung statt, sondern eben auch im Feld der Kompetenzen, die nicht fachgebunden sind.

Die nicht ganz seltene, aber doch nicht gewöhnliche langfristige Zusammenarbeit ist eine ideale Verbindung zwischen Gedenkstätte und Schule. Die minimale Verbindung besteht in einer inhaltlichen Absprache über die Führung oder den Workshop und einer darauf bezogenen Vor- und Nachbereitung des Besuchs. Es ist erschreckend, wie selten die bestehenden Angebote der Gedenkstätten, die es seit langem gibt, von Schulen genutzt werden. Gerade fest im Schulcurriculum verankerte Besuche werden

in den weit überwiegenden Fällen kaum oder überhaupt nicht vorbereitet, weil sie langfristig terminiert und nicht aus dem Unterrichtskonzept der einzelnen Lehrkraft erwachsen sind. Sehr häufig sind die begleitenden Lehrkräfte fachfremd und nicht oder unzureichend auf die inhaltlichen und pädagogischen Herausforderungen dieses Unterrichtsganges vorbereitet. Gegen diese Missstände kann nur eine gründliche Beschäftigung mit den Themen ›außerschulische Lernorte‹ im Allgemeinen und ›Gedenkstätten an Verbrechenorten‹ im Besonderen während der Lehrerausbildung helfen. Wie ist dort die Lage?

Es gibt keine verbindlichen Vorgaben für die Beschäftigung mit dem Thema NS-Geschichte und Holocaust in der Lehrerausbildung auf Landes- oder gar Bundesebene, obwohl der Besuch von Gedenkstätten in den meisten Lehrplänen für Geschichte vorgesehen ist. Im Rahmen der Vorbereitung für die bundesweite Gedenkstätten-Konferenz (Dezember 2017) habe ich informell und unsystematisch bei Ausbilderinnen und Ausbildern angefragt, ob Besuche von NS-Gedenkstätten mit Schulklassen bzw. deren Vorbereitung in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern im Vorbereitungsdienst (LiV; Referendarinnen und Referendare) an ihrem Studienseminar eine Rolle spielt. Ich stelle ein paar Antworten vor.

Umfrage zur Ausbildung für das Fach Geschichte für Gymnasien

Über informelle Kontakte konnte ich im Sommer 2017 einige Berichte aus der Praxis von Studienseminaren sammeln. Sie sind selbstverständlich nicht repräsentativ, aber sie geben einen Einblick in diesen wesentlichen Abschnitt der Lehrerbildung. Die Berichte werden hier ohne Nennung des Ortes und des Namens der Ausbilder*innen zusammengefasst. Allerdings werden die Bundesländer genannt, um einen Bezug auf die jeweiligen Lehrpläne zu ermöglichen.

Im Studienseminar A in Hessen gibt es seit über zehn Jahren als Angebot an Referendarinnen und Referendare ein einwöchiges Seminar »Lernort Auschwitz«, das mit einer Exkursion nach Oświęcim und Kraków verbunden wird. Dort wird die Arbeit der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz vorgestellt. Außerdem ist der Besuch eines außerschulischen Lernortes Bestandteil der Fachseminare oder eines Praxistages in der Ausbildung. Die besuchten Orte sind regionale Gedenkstätten, wobei Lehrkräfte, die an diese Einrichtungen abgeordnet sind, ihre Angebote für Schulen vorstellen.

In Nordrhein-Westfalen (NRW) hängt die Ausgestaltung der Ausbildung von den Leistungsverzeichnissen und den Curricula der jeweiligen ZfsL (Zentrum für schulpraktische Lehrerbildung) ab. Im Seminar B werden seit Jahren mit den Referendaren Exkursionen, vorwiegend nach Auschwitz, durchgeführt. Ein Ausbilder in C macht Exkursionen nach Weimar (Buchenwald). Außerdem gibt es in NRW Bildungsangebote im Rahmen des Kooperationsvertrages mit Yad Vashem, die aber eher für Kollegen im Schuldienst gedacht sind. Sie sind mit der Zusammenarbeit in einer Gruppe von Lehrkräften verbunden, die als Nachbereitung und Erweiterung der Studienreise nach Israel konzipiert ist. Diese Gruppe trifft sich einmal im Jahr.

Nach Einschätzung des befragten Kollegen hat das Thema Konjunktur und es dürfte im Ausbildungsplan aller Seminare (ZfsL) stehen. Ob das in jedem Seminar so intensiv wie in B oder C realisiert wird, weiß der angefragte Ausbilder nicht. Zur Ergänzung dieses Eindrucks ist es nützlich zu wissen, dass in NRW das Kulturministerium mit

dem Programm »Schule und Gedenkstätten« die Zusammenarbeit fördert. Die Landeszentrale für politische Bildung unterstützt »Bildungspartnerkongresse«, bei denen sich beide Seiten informell begegnen.

In den Hamburger Fachseminaren Geschichte/Politik spielt der Umgang mit der nationalsozialistischen Diktatur eine selbstverständliche Rolle und wird anhand von Denkmälern (neu: Hannoverscher Bahnhof) oder auch durch einen Besuch in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme konkretisiert. In der Regel fährt jedes Fachseminar einmal nach Neuengamme oder besucht eine andere Gedenkstätte, dort liegt der Fokus dann auf pädagogischen Angeboten für Schulklassen. Auffällig ist hier die klare regionale Anbindung, die bei der Auskunft aus NRW nicht erwähnt wird und bei der Auskunft aus Hessen der Reise nach Polen deutlich nachgeordnet ist.

Umfrage unter Ausbilderenden für Grund- Haupt- und Realschule in Hessen

Im Studienseminar D ist Gedenkstättenpädagogik sitzungsübergreifend in einem Modul verankert. Im Bereich »außerschulische Lernorte« erhalten die LiV (= Referendar*innen) die Aufgabe, eine Gedenkstätte oder ein Museum auszuwählen und mittels eines kurzen Handouts den anderen LiV vorzustellen. Leitfrage hierbei ist:

Was gilt es zu beachten, wenn ich mit meiner Klasse nach XY fahre? Der Fokus liegt somit sowohl auf didaktisch-methodischer als auch auf organisatorischer Ebene. Allerdings ist der Ausbilder gerade dabei, diesen Inhalt zu überdenken, da ihm die Ergebnisse teilweise zu oberflächlich sind. Aktuell wird überlegt, ob man das Thema außerschulische Lernorte nicht als fächerübergreifende Wahl/Pflichtveranstaltung anbieten könnte.

Im Studienseminar E wird das Thema Gedenkstätten immer wieder anlassbezogen im Rahmen der Fachmodule thematisiert. Dabei werden je nachdem die Gedenkstätten in Buchenwald und Breitenau genauer betrachtet, wenn einzelne LiV diese Gedenkstätten mit ihren Klassen besucht haben. In der Vermittlung von theoretischen didaktischen Fachdiskursen werden Gedenkstätten auch unter dem Themenschwerpunkt »Außerschulische Lernorte« mit angesprochen.

Das Thema Gedenkstätten wird am Studienseminar F für Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen (GHRF) im Zusammenhang mit dem Besuch von außerschulischen historischen Lernorten besprochen. Analog der vorgegebenen Modulinhalte ist dafür ein Setting in einem der verbindlichen Module vorgesehen und eingeplant. Konkret wird darüber gesprochen, welche unterschiedlichen historischen Lernorte es gibt und wie eine Exkursion dorthin vor- und nachbereitet werden muss. Unter diese behandelten Lernorte fällt auch der Besuch einer Gedenkstätte. Außerdem nehmen die LiV an der Exkursion teil, die mit den Lernenden der Stamm-Schule des Ausbilders in eine NS-Gedenkstätte durchgeführt wird. Entsprechend der regionalen Anbindung im Süden Hessens waren das die Gedenkstätten in Osthofen oder Struthof.

Im Studienseminar G besteht die Tradition, mit den LiV die Gedenkstätte Hadamar und außerdem regelmäßig die Gedenkstätte »Point-Alpha« zu besuchen. Der Ausbilder betont in seiner Auskunft den thematischen Unterschied, behandelt aber die beiden Gedenkstätten in ihrer didaktischen Betrachtung analog. Er beschreibt, dass er aus persönlicher Motivation im entsprechenden Modul das Thema »Stolpersteine« behandelt hat. Er nutzt diese Form des Gedenkens, um mit den LiV das Themenfeld »Orientierungskompetenz« zu bearbeiten. Als Beispiel nennt er einen interaktiven Stadtrund-

gang für Lernende, der sich neben anderem mit der Kontroverse um die Erinnerungskultur in diesem Zusammenhang beschäftigt und nach den »Gründen für Erinnerung« im Sinne der Geschichtskultur fragt. Die Nutzung der regionalen Möglichkeiten, die gerade diese informelle Form des Gedenkens bietet, möchte er intensivieren.

Im Seminar F, das wiederum im Norden Hessens liegt, ist der Lernort Gedenkstätte dann ein Thema im Rahmen einer Modularbeit, wenn der Themenschwerpunkt »außerschulische Lernorte im Geschichtsunterricht« bearbeitet wird. Die LiV werden gebeten, von ihren Erfahrungen als Schüler*in und auch als Begleitung auf Exkursionen zu berichten. Die Gedenkstätte Buchenwald wird in Nordhessen von vielen Lerngruppen besucht, so dass viele LiV Erfahrungen mit diesem Ort mitbringen.

Allerdings spielt die Gedenkstättenpädagogik und -didaktik aufgrund der sehr begrenzten Ausbildungszeit nur dann eine ausgewiesene Rolle im vorgegebenen Rahmen eines Moduls, wenn die LiV als exemplarischen außerschulischen Lernort für eine Exkursion eine Gedenkstätte wählen. Die Ausbilderin macht verschiedene Vorschläge und LiV bringen ihre Ideen ebenfalls ein. Besucht wurde im Rahmen des Moduls in den letzten Jahren die Gedenkstätte Trutzhain, das Grenzlandmuseum Teistungen und die Gedenkstätte Grenzmuseum Schifflersgrund. Ausgehend von den eigenen Erfahrungen beim Besuch dieser zuvor eher unbekannten Lernorte wurde dann ein gemeinsames – zunächst schriftliches – Nachdenken über Zugänge und Arbeitsformen durchgeführt erfolgen, indem die LiV ihre Erfahrungen als Besucher des Lernortes mit dem Profil der von ihnen aktuell betreuten Lerngruppen in Beziehung setzen. So sollen die LiV sich darin üben, Voraussetzungen für einen gelungenen Besuch und die notwendigen Vorarbeiten im Rahmen des Unterrichts und im Kontakt mit der Gedenkstätte zu erkennen und zu benennen.

Vorgestellt werden neben den genannten Gedenkstätten zudem durch die Ausbilderin die Gedenkstätten Mittelbau-Dora und Breitenau. Seit kurzem wird auch das Museum des Grenzdurchgangslagers Friedland einbezogen.

Besonders im letzten Beispiel zeigt sich, wie weitgehend die Gedenkorte, die an die innerdeutsche Grenze erinnern, auf einer Ebene mit den Gedenkstätten an NS-Verbrechensorten betrachtet werden. Generell legen die Berichte aus den GHRF-Seminaren die Annahme nahe, dass in diesem Bereich, in dem Lehrkräfte für jüngere Schüler*innen ausgebildet werden, vor allem methodische Fragen und übergreifende didaktische Konzepte verhandelt werden. Die spezifischen Themen der Gedenkstätten treten im Vergleich dazu anscheinend in den Hintergrund.

Vor- und Nachbereitung

Aus der Sicht der Beratung von Schulen möchte ich diesen vorläufigen Eindrücken einen Aspekt hinzufügen. Wenn es keine langfristige Zusammenarbeit zwischen einer Schule und einer Gedenkstätte gibt, ist eine kurzschrittigere Arbeitsweise notwendig. Diese ist dann sinnvoll, wenn das Angebot der Gedenkstätte die Chance einer Verankerung in alltäglichem Unterricht mit einer Aneignungsweise verbindet, die dezidiert anders ist – also eine andere Zeitdimension hat und andere Aneignungsformen eröffnet. Das Beispiel des Vorbereitungsmoduls für die Gedenkstätte Flossenbürg, das in Zusammenarbeit mit der Visual History Foundation entwickelt wurde, ist geeignet, als Modell zu fungieren.

Das bereitgestellte Quellenmaterial ist für den Unterricht geeignet, es macht aus der Vorbereitung kein Projekt, das die Form Schule verlässt. Aber es bereitet nicht nur inhaltlich, sondern von der Haltung her auf den außerschulischen Ort vor. Die Zeitzeugenerzählung ist nicht Selbstzweck oder Mittel zur emotionalen Bindung, sondern sie ist dazu da, die Erkundung des historischen Ortes zu strukturieren und eigene Perspektiven zu formulieren. Die Erfahrungen mit der Gedenkstätte können so als Bericht wieder zurück ins Plenum der Klasse gebracht werden, ohne dabei in ein für alle in Schulen als öde Routine bekanntes Referieren von Arbeitsgruppenergebnissen zu verfallen.

Es wäre eine Perspektive für Studienseminare, derartige Konzepte unter fachdidaktischen und methodischen Fragestellungen zu betrachten. Dabei wäre es von zentraler Bedeutung, den fachwissenschaftlichen Aspekt, nämlich die thematische Schwerpunktsetzung, die jede Gedenkstätte auf Grund der spezifischen Geschichte des Verbrechensortes hat, als Ausgangspunkt zu nehmen.

Ausblick

Trotz steigender Besucherzahlen, gerade von Schulklassen, wird ein Defizit bezüglich der schulischen Nutzung von Gedenkstätten deutlich. Es zeigt sich, dass eine inhaltlich informierte Planung von Gedenkstättenbesuchen nicht weit verbreitet ist. Das ist gerade angesichts der wachsenden Anforderungen an die historisch-politische Bildung im Kontext antisemitismus- und rassismuskritischer Bildung problematisch. Um eine sinnvolle Nutzung der vielfältigen pädagogischen Angebote der Gedenkstätten an NS-Verbrechensorten durch Schulen zu gewährleisten, wäre es sinnvoll, eine Handreichung mit entsprechenden inhaltlichen Vorgaben zu erstellen. Die Umsetzung solcher fachwissenschaftlich und didaktisch begründeter Themen, aber auch Verfahren der Vorbereitung und der Abstimmung zwischen Schulen und Gedenkstätten könnte durch eine Positionierung der Kultusministerkonferenz in dieser Sache sehr befördert werden.

Gottfried Köbler ist stellvertretender Direktor des Fritz Bauer Instituts – Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust an der Goethe-Universität Frankfurt am Main – und Mitarbeiter im gemeinsamen Pädagogischen Zentrum des Fritz Bauer Instituts und des Jüdischen Museums Frankfurt am Main. Seine Arbeitsschwerpunkte sind neben der Lehrerbildung das historische Lernen in der Migrationsgesellschaft, die Gedenkstättenpädagogik und die Medienpädagogik.

1 Verena Haug, Am »authentischen« Ort. Paradoxien der Gedenkstättenpädagogik, Berlin 2015.

Aus-, Weiter- und Fortbildung im Bereich Bildung und Vermittlung

DIE PERSPEKTIVE DER MUSEUMSPÄDAGOGIK

Elke Kollar

Der folgende Beitrag bezieht sich primär auf die Bildungs- und Vermittlungsarbeit an Museen und ist damit nicht unmittelbar an der Situation von Gedenkstätten ausgerichtet. Doch soweit auseinander, wie es auf den ersten Blick wirken mag, liegen beide Bereiche nicht. Scheint in vielen Museen der Fokus zunächst auf Kultureller Bildung zu liegen, so findet hier doch auch in weitem Umfang historische und politische Bildung statt – und das nicht alleine in historischen Museen, sondern auch in Kunst- oder anderen Museen.

In Gedenkstätten wiederum sind neben und in der politisch-historischen Bildung auch Aspekte von Kunst und Kultur sowie Methoden der Kulturellen Bildung existent und virulent. Andere Fragen, etwa nach Erinnerungskultur(en) oder Multiperspektivität, nach Originalität oder Authentizität, sind darüber hinaus beiden Bereichen immanent. Zudem finden sich in Museumskontexten auch (Personen-)Gedenkstätten, in Gedenkstätten wiederum museale Bereiche. Insofern ähneln sich die grundlegenden Herausforderungen, Chancen und Spannungsfelder der Bildungsarbeit in beiden Bereichen doch stark und zeigen weitreichende Schnittmengen.

Im Folgenden wird die Situation zu Aus-, Weiter- und Fortbildung in der Museumspädagogik vorgestellt, da eine wechselseitige Betrachtung der Situation in Museen und Gedenkstätten Gewinn verspricht. Anhand des Bundesverbands für Museumspädagogik e.V. (BVMP) wird dabei zugleich exemplarisch aufgezeigt, wie Interessensvertretungen, Verbände und Kooperationen bzw. Partnerschaften diesbezüglichen Bedarf ermitteln und bedienen können. Der Verband wurde 1991 nicht zuletzt aus solchen Bestrebungen heraus gegründet. Grundlage für die Ausführungen bildet das *Handbuch Museumspädagogik. Kulturelle Bildung in Museen*, das 2016 in Herausgeberschaft des BVMP erschienen ist.¹

Berufsbild Museumspädagogin und -pädagoge²

Die Aufgabenbereiche und Strukturen von Museumspädagoginnen und -pädagogen sind in den vergangenen Jahrzehnten immer heterogener und vielfältiger geworden. Dies liegt in verschiedenen Entwicklungen bedingt: So wird zum Beispiel Bildung zunehmend als integraler Bestandteil musealer Arbeit und Besucherorientierung als zentrale Leitlinie und Aufgabe der Institution Museum verstanden und verankert. Zugleich wendet sich die internationale Diskussion seit einigen Jahren immer entschiedener der Frage nach Alternativen im Vermittlungshandeln von Museen zu. Mit den Begriffen Partizipation, Digitalisierung, Inklusion, Diversität und Outreach seien nur wenige Schlaglichter genannt, die mehr als deutlich machen, dass sich das Aufgabenfeld der klassischen Museumspädagogik tief greifend verändert.

Nicht zuletzt der gesellschaftliche Wandel führt zu einer grundlegenden Neudefinition der Rolle und der Aufgaben von Museen in der Gesellschaft und stellt die Institutionen vor die große Herausforderung, nicht nur ergänzende Angebote zu schaffen,



sondern die eigene Einrichtung und Haltung grundlegend zu hinterfragen und neu auszurichten.

Die Veränderungen ihrer Organisationsformen und Qualitätsanforderungen weiten das Aufgabenfeld der Museumspädagogik grundlegend und eröffnen Museumspädagoginnen und -pädagogen ein weites Tätigkeitsfeld über ausstellungsbegleitende Serviceleistungen hinaus. So sind sie nicht nur in der personalen Vermittlung (inklusive Partizipation, Erlebnisorientierung, Interkulturalität etc.) sowie in den Bereichen der Ausstellungsdidaktik und der Begleitmedien (inklusive Inklusion, Besucherorientierung etc.) tätig, sondern agieren etwa auch in der Öffentlichkeitsarbeit sowie in den Bereichen Qualitätssicherung und Strategieentwicklung (auch gesamtinstitutionell) und sind mit Projektmanagement, Personalführung und Drittmittelakquise betraut.

Diese Ausdifferenzierung ihrer Tätigkeiten verlangt den Museumspädagoginnen und -pädagogen umgekehrt ein weitgefächertes Portfolio ab; die an sie gerichteten Erwartungen differenzieren sich beständig aus. Das konkrete Aufgabenprofil ist jedoch nicht allgemeingültig zu beschreiben, sondern wird – neben der jeweiligen Sammlung und Ausrichtung des Hauses – insbesondere von dessen Vermittlungsphilosophie, von seiner Größe und der Anzahl der Mitarbeitenden bestimmt. Keuchel weist in ihrer Untersuchung zu Bildungsangeboten an klassischen Kultureinrichtungen nach, dass Bildungsformate vor 1985 eher hausintern entwickelt wurden als in der Folgezeit. Seitdem werden in größeren Einrichtungen die Organisation und Durchführung zunehmend nach außen vergeben und nur noch die Planungen hausintern geleistet.³ In subjektiver Betrachtung scheint dies auch für Museen zu gelten, weshalb im Weiteren der Fokus weniger auf denjenigen Personen liegt, die vorwiegend Bildungs- und Vermittlungsangebote durchführen, sondern vielmehr die in diesem Bereich vor allem konzeptionell tätigen wissenschaftlichen Mitarbeitenden in den Blick genommen werden. In den letzten Jahren werden jedoch – angestoßen vor allem durch juristische

Engaging Museum
2016/17 mit
Graham Black.
Foto: Bundesakademie
für Kulturelle Bildung

Urteile beispielsweise zum Technoseum in Mannheim und eine restriktivere Prüfung der Deutschen Rentenversicherung – Vertragsverhältnisse bislang freischaffender Kräfte im Bereich der Gruppenbetreuung überprüft und teilweise neu gestaltet.⁴

Ausbildung: Studium Museumspädagogik⁵

Obwohl sich die Museumspädagogik bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts herausbildete, gab es lange Zeit keine geregelte Ausbildung und kein grundlegendes Studium für das Fachgebiet. Bis heute kommen Museumspädagoginnen und -pädagogen vorwiegend aus einer anderen pädagogischen Disziplin und arbeiten sich anschließend in die Sammlungsgebiete der Institution ein (häufig Quereinstieg von Lehrkräften), oder sie haben umgekehrt ein anderes Fachstudium absolviert und eignen sich dann pädagogische Kompetenzen (berufsbegleitend) an. Seit einigen Jahren werden im Hochschulbereich verstärkt spezifische (Zusatz-)Angebote, vor allem im Bereich der Museumswissenschaften, geschaffen. Museumspädagogik findet Eingang in neue oder bereits etablierte Studiengänge und wird dort mehr oder weniger intensiv behandelt. Für den deutschsprachigen Bereich hat der BVMP 2016 eine diesbezügliche Übersicht zusammengestellt, die auf der Webseite des Verbands verfügbar ist.⁶

Wenngleich es in der Bundesrepublik inzwischen drei Professuren für Museumspädagogik gibt, so lässt dieser Überblick jedoch erkennen, dass es im gesamten deutschsprachigen Raum bis dato keinen Studiengang gab, der eigenständig auf die Bildungs- und Vermittlungsarbeit in Museen hinführt. Mit diesem Desiderat hatte sich der BVMP schon Ende der 1980er Jahre auseinandergesetzt und sich im Jahr 2006 des Themas erneut angenommen, um ausbildungsrelevante Themengebiete als Grundlage für einen – zu etablierenden – Studiengang zu formulieren. Dabei sprach sich der Vorstand des BVMP deutlich für ein universitäres oder Hochschulstudium aus und favorisierte eine Kombination aus Bachelor in einer relevanten Fachwissenschaft und einen aufbauenden Master in Museumspädagogik. Ein Bachelorabschluss alleine wurde vom BVMP als nicht ausreichend für die Anforderungen in der Vermittlungspraxis erachtet. Im Jahr 2017 wurden die Bestrebungen dann von Erfolg gekrönt: Im Sommersemester startete der weiterbildende Master *Museumspädagogik | Bildung und Vermittlung* im Museum an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig. Dieser Studiengang, der auf keine Schwerpunktsetzung spezialisiert, sondern allgemein auf Bildungs- und Vermittlungsarbeit in Museen vorbereitet, wurde gemeinsam mit verschiedenen Partnern, u.a. dem BVMP, gemeinsam entwickelt und eingerichtet. Das Curriculum ist in folgende Schwerpunkte gegliedert:

- 1 Vermittlung museologischer und pädagogischer Kompetenzen: Museologie – Zwischen Theorie und Praxis; Pädagogik; Museum als Bildungsinstitution (Geschichte, Gegenwart, Zukunft); Aufgaben der Museumspädagogik.
- 2 Vermittlung spezieller Kompetenzen in der personalen und medialen Vermittlung von und in Museen: Pädagogische Ansätze und Methoden personaler Vermittlung; Formen medialer Vermittlung (Texte schreiben/ gestalten sowie Digitale Medien); Ausstellungsdidaktik und -gestaltung.
- 3 Vermittlung von betriebswirtschaftlichen und rechtlichen Kenntnissen: Grundlagen im Projekt-/ Marketing- und Personalmanagement; Rechtsmanagement; Konzepte der Kultur- und Bildungspolitik.
- 4 Vermittlung und Anwendung von Kernkompetenzen sowie Zusammenführung der



Zwischenpräsentation
in der Zertifikatsreihe
QuAM
Foto: Bundesakademie
für Kulturelle Bildung

vermittelten Kompetenzen in übergreifenden Kontexten.⁷

Zentrales Modul ist insbesondere das Praxisprojekt innerhalb des vierten curricularen Themenbereichs, bei dem die Studierenden an einem Museum die Konzeption und Durchführung eines museumspädagogischen Formats nachweisen müssen.

Eine solche grundständige Ausbildung macht aber das weitgefächerte und lange etablierte Feld qualifizierter und qualitätvoller berufsbegleitender Fort- und Weiterbildungen nicht obsolet, da sich die museumspädagogische Arbeit wie geschildert in ihrem Vermittlungshandeln an den jeweiligen institutionellen Gegebenheiten sowie aktuellen Ansätzen ausrichten und auf gesellschaftliche Veränderungen unmittelbar reagieren muss.

Qualifizierung: Berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung⁸

Auch da es, wie geschildert, lange Zeit keine grundständige Ausbildung im Bereich der Museumspädagogik gab, ist das Feld der berufsbegleitenden Fort- und Weiterbildung sehr ausdifferenziert. Eine etablierte Institution ist beispielsweise die Bundesakademie für Kulturelle Bildung in Wolfenbüttel.⁹ Der BVMP wurde mit seiner Gründung 1991 Mitglied in deren Trägerverein und ist seitdem verlässlicher Kooperationspartner. Er ist eng in die Konzeption und Realisierung maßgeblicher Themen und Inhalte im Programmbereich Museum mit dem Schwerpunkt Vermittlung eingebunden. Gemeinsam werden Konzepte und Projekte der museumspädagogischen Professionalisierung (weiter-)entwickelt. A. Grünewald-Steiger schildert, dass sich die wandelnden Anforderungen an Mitarbeitende im Bereich Bildung und Vermittlung auch in der Nachfrage der Teilnehmenden widerspiegeln. So überlagert etwa die Nachfrage nach Kompetenzentwicklung in Bereichen wie innerinstitutionelle Organisation, Ausstellungsrealisierung oder Personalführung die traditionellen Interessen nach Methoden und Instru-

mentarien der Vermittlung. Insgesamt zeigt sich an der Bundesakademie ein verstärkter Bedarf an berufsbegleitenden Lehrgangreihen mit bis zu fünf Modulen in einem Jahr, die an einem inhaltlichen Schwerpunkt ausgerichtet sind. Die Teilnehmenden streben insbesondere danach, ihre Handlungsfähigkeit unter den erwähnten Veränderungen im Berufsfeld Museumspädagogik zu stärken und auszubauen. Dennoch ist weiterhin ein großer Bedarf nach Qualifizierungen für einen Einstieg in den Beruf zu beobachten. So ist die Bundesakademie nun auch Partner im oben genannten Leipziger Masterstudiengang.

Für das Programm der Akademie beispielhaft seien an dieser Stelle zwei Qualifizierungsreihen genannt. 1994 initiierte der BVMP ein Pilotprojekt (gefördert durch die Robert-Bosch-Stiftung), aus dem die Reihe QuAM – Qualifizierung und Austausch für Museen hervorging, die an der Bundesakademie seitdem beständig angeboten wird. Jährlich wechselt der Themenschwerpunkt dieser berufsbegleitenden Fortbildung, die in modularer Folge Seminare und Exkursionen anbietet und sich auf das Arbeitsfeld der Vermittlung in Museen und Ausstellungen bezieht. Die Teilnahme am abschließenden Kolloquium ist Voraussetzung für den Erwerb des Zertifikats. Im Jahr 2018 steht die Reihe unter dem Motto *Museumspädagogik 4.0. Konzepte kultureller Bildung im Museum zwischen digitaler und analoger Vermittlung*. Eine weitere Zertifikatsreihe wurde im Jahr 2016/17 unter dem Titel *The Engaging Museum – Theorie und Praxis der Inklusion mit Schwerpunkt Bildung und Vermittlung | Museumspädagogik* durchgeführt, deren fünf Module in Zusammenarbeit mit dem BVMP entwickelt und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wurden.

Insgesamt differenziert sich das Feld der Fortbildungsmöglichkeiten auf Länder- und Bundesebene immer weiter aus und umfasst dabei allgemeine und generalistische Angebote ebenso wie thematisch-spezifische Angebote. Exemplarisch seien hier einige Anbieter genannt:

- Bayerische Museumsakademie:¹⁰ zielt auf eine Stärkung der Bildungspartnerschaften zwischen Museen, Schulen und Universitäten und richtet sich mit ihrem breit gefächerten Angebot u.a. an Mitarbeitende in Museen sowie in der Kunst- und Kulturvermittlung, an Lehrkräfte, Referendar*innen sowie pädagogisches Fachpersonal und Studierende.
- MuseumsModerator:¹¹ berufsbegleitender Zertifikatskurs an der Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg, in dessen Mittelpunkt die Anwendung der spezifischen Didaktik verschiedener Museumssparten sowie der aktivierenden Methoden partizipativer Führungen stehen.
- Die Sprache der Dinge:¹² Zertifikatskurs für eine kompakte und betont praxisorientierte Einführung in die Museumspädagogik.

Ein relativ neues Angebot ist *museon | weiterbildung & netzwerk* der Freiburger Akademie für Museums-, Ausstellungs- und Sammlungswissen der Universität Freiburg. Hier werden Weiterbildungsprogramme für Mitarbeitende im Museums- und Ausstellungswesen entwickelt. Der BVMP ist Partner und entwickelte ein Modul zum Thema Vermittlung. Der BVMP selbst sowie seine Landes- und Regionalverbände schaffen zudem mit ihren Tagungen, Fachgruppen und anderen Tätigkeiten eine Plattform für beständigen Austausch und Weiterbildung.¹³



Ausblick

Die Bildungs- und Vermittlungsarbeit in Museen ist eng mit der inhaltlichen und thematischen Ausrichtung sowie den Sammlungen des jeweiligen Museums verknüpft; ähnlich verhält sich dies bei Gedenkstätten. Dennoch ist eine fachspezifische Ausbildung für den Bereich Bildung und Vermittlung nach Museumssparten und eigens für Gedenkstätten kaum sinnvoll, da die verschiedenen Sparten und Institutionen bei aller Spezifik viel gemeinsam haben. Dies bezieht sich nicht nur auf die Themen und Inhalte, wenn etwa in Gedenkstätten auch Kunst gezeigt oder in Museen NS-Raubgut vorgestellt wird. Auch historische Orte zeigen beispielsweise insgesamt in den Grundfragen und Herausforderungen der Vermittlung eine übergreifende Spezifik, die etwa Themen wie ein kritisches Geschichtsbewusstsein oder Fragen nach den vermeintlichen Möglichkeiten eines (Nach-)Erlebens von Geschichte einschließen. Diese Fragen beschäftigen Dichterhäuser ebenso wie politische Gedenkstätten, wenngleich der Bezugspunkt natürlich ein grundlegend anderer ist. Im November veranstaltete die Bundesakademie für Kulturelle Bildung in Wolfenbüttel eine interdisziplinäre Tagung, die sich mit Formen der Geschichtsaneignung in Gedenkstätten und Museen beschäftigte und dabei das Lernen mit Sachquellen in den Vordergrund stellte.¹⁴ Dieses Beispiel legt nahe, dass der Unterschied zwischen historischen Museen und Gedenkstätten vielleicht manchmal geringer ist als zwischen einem Kunst- oder Technikmuseum und einem historischen Museum – doch zeigt sich bei einem genaueren Blick, dass auch in solchen Museen mit Sachquellen gearbeitet wird und Geschichtsaneignung Thema sein kann.

Die von Mitarbeitenden in der Bildungs- und Vermittlungsarbeit geforderten Kompetenzen können und sollten übergreifend formuliert, ausgebildet und dann fachspezifisch weitergebildet werden. Insofern ist zu befürworten, dass die Ausbildung übergreifend angelegt ist. Dies befördert zudem fächerübergreifende und multiperspektivische Ansätze, wenn etwa das künftige Vermittlungspersonal eines Kunstmuseum

QuAM – Qualifizierung und Austausch für Museen.

Foto: Bundesakademie für Kulturelle Bildung

zumindest ein Grundverständnis von Demokratiebildung und umgekehrt das künftige Gedenkstättenpersonal ein Grundverständnis von kultureller Bildung erwirbt. Grundsätzlich sollten ein Bewusstsein und eine entsprechende Entscheidungskompetenz für angemessenen Methodeneinsatz vorhanden sein bzw. ausgebildet und entwickelt werden. Eine jeweilige fachspezifische Ausbildung (z.B. Kunst, Literatur, Geschichte) ist dabei Grundvoraussetzung. Doch öffnet sich im Kontext der Bildungs- und Vermittlungsarbeit ein produktives Schnittfeld zwischen kultureller, politischer und historischer Bildung, das seit einigen Jahren verstärkt in den Blick genommen wird und die Bildungs- und Vermittlungsarbeit an einzelnen Einrichtungen ebenso wie in ihrer Gesamtheit voranbringen kann.

Dr. Elke Kollar ist 1. Vorsitzende des Bundesverbands Museumspädagogik e.V. und Referentin Kulturvermittlung an der Klassik Stiftung Weimar. Schwerpunkte: Politische Dimensionen Kultureller Bildung, nationale und internationale Bildungsprojekte, Diversität und Inklusion, Qualitätssicherung.

- 1 Commandeur, Beatrix; Kunz-Ott, Hannelore; Schad, Karin: Handbuch Museumspädagogik. Kulturelle Bildung in Museen. München 2016 (= Kulturelle Bildung 51).
- 2 Die folgenden Ausführungen beziehen sich weitgehend auf: Kollar, Elke: Museumspädagogische Praxisfelder und Berufsbilder. In: Handbuch Museumspädagogik, wie Anm. 1, S. 307–314.
- 3 vgl. Keuchel, Susanne und Weil, Benjamin (Zentrum für Kulturforschung): Lernorte oder Kulturtempel. Infrastrukturerhebung in klassischen Kultureinrichtungen. Köln 2010, S. 23.
- 4 Zu Mannheim siehe Sozialgericht Mannheim. Urteil vom 2. 10. 2013, Az. S 8 R 1769/12. www.openjur.de/u/658869.html und Landessozialgericht Baden-Württemberg. Urteil vom 24. 2. 2015, Az. L 11 R 5165/13. www.openjur.de/u/770073.html [8. 4. 2018]. Gemeinsam haben der Bundesverband Museumspädagogik e.V., der Deutsche Museumsbund e.V. und der Bundesverband freier Kulturwissenschaftler e.V. 2017 ein Memorandum erarbeitet, das sich an Museen, Museumsträger, Verbände und Freie Mitarbeitende wendet: www.museumspaedagogik.org/wir-ueber-uns/grundsatzpapier.html [8. 4. 2018].
- 5 Die folgenden Ausführungen beziehen sich weitgehend auf: Kaysers, Antje: Studienziel Museumspädagogik: Wege zur Professionalisierung. In: Handbuch Museumspädagogik, wie Anm. 1, S. 325–334.
- 6 Siehe www.museumspaedagogik.org/aus-und-weiterbildung/aus-und-weiterbildung [8. 4. 2018].
- 7 Siehe www.htwk-leipzig.de/studieren/studiengaenge/masterstudiengaenge/museumspaedagogik-bildung-und-vermittlung-im-museum [8. 4. 2018].
- 8 Die folgenden Ausführungen beziehen sich weitgehend auf: Grünewald-Steiger, Andreas: Berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung: Qualifizierung für Museumspädagog_innen. In: Handbuch Museumspädagogik, wie Anm. 1, S. 335–341.
- 9 Siehe www.bundesakademie.de [8. 4. 2018].
- 10 Siehe www.bayerische-museumsakademie.de [8. 4. 2018]. Eine Initiative des Museumspädagogischen Zentrums München, der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern und des Instituts für Bayerische Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München.
- 11 Siehe www.berlin.de/vhs-tempelhof-schoeneberg/angebote-kurse/angebotsueberblick/arbeit-beruf-edv/artikel.351444.php [8. 4. 2018].
- 12 Siehe kursdiesprachederdinge.de [8. 4. 2018]. Kooperationsprojekt des Hessischen Museumsverbands e.V. mit der Arbeitsgruppe für empirische Bildungsforschung Heidelberg e.V. und freunde+förderer kinder museum frankfurt e.V.
- 13 Siehe www.museumspaedagogik.org [8. 4. 2018].
- 14 Siehe www.bundesakademie.de/files/mm3917.pdf [8. 4. 2018].

Universitäre Ausbildung, Geschichtsdidaktik und die Gedenkstättenpädagogik

Susanne Popp

Die Institutionalisierung der Gedenkstättenarbeit und die Professionalisierung von Gedenkstätten-Mitarbeiterinnen und -arbeitern haben in den vergangenen 20 Jahren große Fortschritte erzielt, weshalb man sich heute die Frage nach einer akademischen Institutionalisierung der Professionalisierung der Aus- und Fortbildung von Gedenkstätten-Mitarbeitenden stellen kann. In diesem Zusammenhang ist es sicherlich sinnvoll, sich der Beziehung zu Nachbardisziplinen im Vermittlungsbereich zu vergewissern, um Anschlussmöglichkeiten und Kooperationsfelder in den Blick zu nehmen.

Die Didaktik der Geschichte, die an der Lehrerbildung mitwirkt, und die Aus- und Fortbildung von Expertinnen und Experten für die historisch-politische Bildung an Gedenkstätten haben bekanntlich nicht dieselben Aufgaben, Zielsetzungen und Adressaten. Unterschiede bestehen, um nur zwei prominente Beispiele zu nennen, darin, dass das »historische Lernen«, dass das Zentrum der geschichtsdidaktischen Ausbildung von Lehrkräften bildet, für die Gedenkstättenpädagogik zwar einen sehr wichtigen, aber nicht den einzigen Zugang zum Lernen an Gedenkstätten darstellt. Auch zielt die akademische Ausbildung von Lehrenden auf Kompetenzen für das Unterrichten von Schulklassen, während sich die Vermittlungsarbeit an Gedenkstätten auch an Jugendliche außerhalb von Schulklassen und darüber hinaus an Erwachsene richtet. Gleichwohl gibt es viele Überschneidungsfelder, insbesondere auch solche, die für beide Seiten sehr hohe Relevanz besitzen. Dies lässt eine grundsätzliche Kooperation – in welcher Form auch immer – nicht nur als sinnvoll, sondern auch als notwendig erscheinen.

Als Beispiel soll hier die gemeinsame Aufgabe angeführt werden, die theoretischen, normativen und pragmatischen Aspekte der Geschichts- und Erinnerungskultur in der Gesellschaft grundsätzlich zu reflektieren und die jeweils eigenen Fragestellungen, Zielsetzungen und Konzepte in diesem Kontext zu begründen. Dies erfordert notwendigerweise eine Bezugnahme auf die Kategorien des Geschichtsbewusstseins und der Geschichtskultur, die die theoretische Basis der Disziplin der Didaktik der Geschichte bilden und inzwischen auch im Gedenkstättendiskurs präsent sind. Wenn man den Beitrag von Waltraud Schreiber im GedenkstättenRundbrief Nr. 122 (S. 25–34) vom Dezember 2004 im Kontext heutiger gedenkstättenpädagogischer Publikationen liest, erschließt sich sehr deutlich, dass eine ausführliche Erklärung der Grundkonzepte der Geschichtsdidaktik, die Schreiber damals für nötig hielt, heute längst überflüssig ist. Die Expertinnen und Experten für die historisch-politische Bildungsarbeit an Gedenkstätten sind in Bezug auf das historische Lernen an diesem besonderen Gedenk-, Erinnerungs- und Lernort – und auch darüber hinaus – mit den Geschichtsdidaktikerinnen und -didaktikern durch einen fest etablierten gemeinsamen theoretischen Reflexionsrahmen verbunden. Dementsprechend haben auch die synergetischen Effekte zugekommen. Viele Fragen, die mit Gedenkstätten und der damit verbundenen Geschichts- und Erinnerungskultur zusammenhängen, werden auf beiden Seiten und oftmals im Austausch miteinander diskutiert. Dabei greift die Geschichtsdidaktik Impulse aus der Gedenkstättenpädagogik auf und umgekehrt. Beispiele sind die Suche nach didakti-

schen Antworten auf das Ende des kommunikativen Gedächtnisses im Bereich der Erinnerung an Nationalsozialismus und Holocaust (Zeitzeugen), das Nachdenken über die Kategorien Authentizität, Medialität und Performanz nicht nur in Bezug auf die Gedenkstätten selbst, sondern auch im Hinblick auf die allgegenwärtigen populären Präsentationen der Geschichte des Nationalsozialismus und Holocaust, die Einfluss auf die jugendlichen und erwachsenen Besucher einer Gedenkstätte nehmen, ferner die kritische Diskussion des emphatischen Postulats des »Lernens aus der Geschichte« und allzu vordergründige Funktionalisierungen der historischen Bildung vor Ort für Menschenrechts- und Demokratieverziehung (Stichwort: Prävention gegen demokratiefeindliche politische Haltungen), des Weiteren die Reflexion der didaktischen Herausforderungen, die sich aus der Spannung zwischen dem Regulativ eines selbstständigen, ergebnisoffenen und kritischen historischen Denkens einerseits und der moralisch-normativen Verbindlichkeit des Lernens an Gedenkstätten andererseits ergeben können, oder auch die Auseinandersetzung damit, was das Prinzip des »Gegenwartsbezug« beim historischen Lernen an Gedenkstätten heißen kann und soll. Ebenso sind zu nennen die Themen der Inklusion von Besuchergruppen, die selbst Diskriminierung, Menschenrechtsverletzungen und Flucht erfahren haben und die Diskussion über das Verhältnis zwischen dem staatsoffiziell vorgegebenen Gedenk- und Erinnerungsgebot sowie der immer schon gegebenen und zugleich sich wandelnden Pluralität der familialen oder gruppenspezifischen Erinnerungsnarrative. Anzuführen sind des Weiteren das gestiegene Interesse an einer transnationalen und international vergleichenden Perspektivierung des Opfer-Gedenkens selbst wie auch des historischen Lernens vor Ort, wie auch das relativ neue Thema der verflechtungsgeschichtlichen Verschränkung des spezifischen NS-Rassismus mit dem kolonialen und kolonialrassistischen Erbe in der deutschen Gesellschaft, das postkoloniale Perspektiven aufgreift. Schließlich ist auch die Besucherforschung zu erwähnen; einschlägige empirische Forschungsvorhaben wurden und werden sowohl von Gedenkstätten-Expertinnen und -Experten als auch von Geschichtsdidaktikerinnen und -didaktikern durchgeführt, mitunter auch in Kooperation.

Was nun den Stellenwert insbesondere der Gedenkstätten für die Opfer der NS-Verbrechen im Studium zukünftiger Geschichtslehrerinnen und -lehrern betrifft, so zählen die beiden Themenfelder »Historisches Lernen (von Schulklassen) am außerschulischen Lernort der Gedenkstätte für die Opfer von NS-Verbrechen« und »Gedenkstätten als Teil der bundesrepublikanischen Geschichts- und Erinnerungskultur« zu hochrangigen Inhalten des geschichtsdidaktischen Curriculums. Dies verweist auf die Bedeutung der Erinnerung an die NS-Verbrechen für das offizielle Selbstverständnis der Bundesrepublik und auf die üblicherweise an jene Themen geknüpften pädagogischen Erwartungen hinsichtlich der politischen Bildung und insbesondere der Demokratie- und Menschenrechtserziehung. In Bayern ist ein Gedenkstättenbesuch inzwischen ein obligatorischer Teil des Geschichtsunterrichts der Sekundarschule geworden, was sich unter anderem auch darin widerspiegelt, dass bei den zentralen Staatsexamensprüfungen erwartet wird, dass alle Studierenden das Thema »Historisches Lernen an Gedenkstätten« aus geschichtsdidaktischer Perspektive erschließen können. Auch wählen Studierende immer wieder entsprechende Themen für ihre Qualifikationsarbeiten (dies gilt auch für die 2. Phase) und arbeiten dabei fallweise mit Gedenkstättenmitarbeiterinnen und -mitarbeitern zusammen, während diese umgekehrt immer wieder Lehraufträge

im Bereich der universitären Geschichtsdidaktik wahrnehmen oder dort auch eigene Qualifikations- oder Promotionsvorhaben ansiedeln.

Gleichwohl gibt es vermutlich nicht wenige Studierende, die die erste Phase ihrer Ausbildung zu Geschichtslehrerinnen und -lehrern abschließen, ohne in einer einzigen Lehrveranstaltung oder Exkursion das Thema »Gedenkstätten« vertieft zu haben. Sie begegnen dem Gegenstandsbereich und damit auch gedenkstättenpädagogischen Publikationen und Diskursen wohl am häufigsten in der Form eines Teilsegments umfassenderer geschichtsdidaktischer Themen. Zu nennen sind hier beispielsweise Lehrveranstaltungen zur Vermittlung der Geschichte des Nationalsozialismus und der DDR, zur Geschichts- beziehungsweise Erinnerungskultur und Geschichtspolitik der Bundesrepublik, zum historischen Lernen an historischen Stätten oder an außerschulischen Lernorten oder – noch allgemeiner – zu bestimmten geschichtsdidaktischen Unterrichtskonzepten und -prinzipien (etwa handlungs- bzw. projektorientierter Geschichtsunterricht, entdeckendes Lernen, historisches Lernen mit Zeitzeugen sowie Videografien).

Es besteht jedoch kein institutionalisiertes Lehr- und Studienangebot für eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Thema »Gedenkstätten« in der ersten Phase des Studiums für Geschichtslehrerinnen und -lehrer, was ebenso für die zweite (Referendariat) und dritte Phase (Fortbildung) gilt. Dieser Umstand kann sich durchaus erschwerend auf die Kooperation von Gedenkstättenmitarbeiterinnen und -mitarbeitern mit Lehrkräften beim Besuchen von Schulklassen auswirken.

Angesichts der geschichtskulturellen und pädagogischen Relevanz der aktuellen gedenkstättenpädagogischen Fragestellungen einerseits und der mangelnden institutionellen Verankerung dieser Themen in der ersten und zweiten Phase der Lehrerbildung andererseits, scheint es erforderlich, insbesondere der verstärkten Fortbildung von Geschichtslehrerinnen und -lehrern, die auf gedenkstättenpädagogischen und geschichtsdidaktischen Grundlagen beruht, mehr Aufmerksamkeit zu schenken. In letzter Zeit wurde ich wiederholt mit der Frage konfrontiert, wie Lehrkräfte einen Gedenkstättenbesuch vorbereiten und – vor allem – welches historische Wissen sie als minimale Grundlage dafür betrachten. Den Hintergrund bilden Erfahrungen von Gedenkstättenpädagoginnen und -pädagogen mit Schulklassen, deren Wissens- und Verständnisvoraussetzungen so gering waren, dass die Möglichkeiten einer gedenkstättenpädagogischen Gestaltung des Gedenkstättenbesuchs erheblich beeinträchtigt wurden. Mir sind keine aktuellen Untersuchungsergebnisse bekannt, weder zur Frage, wie Gedenkstättenbesuche in den Unterricht eingebettet werden, noch zur Frage, wie Lehrkräfte die Themen Nationalsozialismus, Konzentrationslager und Holocaust oder DDR-Staatsverbrechen tatsächlich unterrichten. Doch gehe ich – angesichts der Komplexität der oben aufgeführten Fragestellungen – mit guten Gründen davon aus, dass bei nicht wenigen Geschichtslehrerinnen und -lehrern erhebliche Unsicherheit in Bezug auf den Unterricht zu den Themen Nationalsozialismus, Holocaust und Gedenkstätten sowie bei Gedenkstättenbesuch besteht und sie sich daher möglicherweise umso mehr auf die Angebote der Gedenkstätten verlassen, je mehr diese pädagogisiert und professionalisiert sind. Nicht nur Lernende, sondern ganz gewiss auch Lehrkräfte können sich beim konkreten Fortdenken des Postulats des »Nie wieder!« in Bezug auf Gegenwart und Zukunft überfordert fühlen, auch wenn sie als Vermittlungspersonen davon überzeugt sind, dass aus der historischen Auseinandersetzung mit der Geschichte des

Nationalsozialismus und Holocaust notwendigerweise ein Imperativ zum verantwortungsbewussten Eintreten für Demokratie und Menschenrechte, auch gegen Diskriminierung und Rassismus in der Gegenwart abgeleitet werden muss.

Wenn man also auf Seiten der Gedenkstätten darüber nachdenkt, eine – wo immer auch anzusiedelnde – Studiausbildung für Gedenkstättenpädagoginnen und -pädagogen aufzubauen, dann sollte darin nicht nur das Thema der Kooperation mit Geschichtslehrkräften, sondern auch die Gestaltung von einschlägigen Workshops mit ihnen und Fortbildungen für diese eine Rolle spielen. Des Weiteren wäre es wünschenswert, Studien-Module zu entwickeln, die – möglicherweise über Formen des Distant oder Blended Learning – auch für Studierende des Faches Geschichte und anderer einschlägiger Unterrichtsfächer – im Sinne einer zusätzlichen Vertiefung oder Schwerpunktbildung zugänglich sind, um die Grundlagen für eine verbesserte Einbeziehung des Themas »Gedenkstätten« im Unterricht zu sichern. Denn für die geschichtsdidaktischen Studienanteile der Lehrerbildung gilt, dass eine obligatorische Integration gedenkstättenpädagogischer Lehrveranstaltungen, die auch für die Professionalisierung von (zukünftigen) in Gedenkstätten Tätigen genutzt werden könnten, von möglichen Ausnahmefällen einmal abgesehen, nicht umsetzbar ist. Denn die obligatorischen Ausbildungsinhalte der Didaktik der Geschichte sind zu zahlreich und die verfügbaren Studienanteile zu gering. Bessere Möglichkeiten eröffnen sich vielleicht in transversalen oder interdisziplinären Studien-Konzepten, in denen Expertinnen und Experten für die historisch-politische Bildung an Gedenkstätten, Geschichts- und Politikdidaktik, Kulturwissenschaften, Museumspädagogik und andere Disziplinen an einem polyvalenten Studiengang zusammenwirken, der in seinem inhaltlichen Zentrum die gewünschte Professionalisierung der Gedenkstättenpädagogik bietet und zugleich auch bestimmte Module für entsprechende Vertiefungen und Schwerpunkte in der Lehrendenaus- und fortbildung öffnet.

Diese Überlegungen wollen nicht mehr als eine mögliche Richtung der Diskussion andeuten, wie sie sich aus Sicht der Didaktik der Geschichte darstellen könnte. In jedem Fall aber stellt eine Kooperation der historisch-politischen Bildung an Gedenkstätten und der Didaktik der Geschichte eine wertvolle Ressource für – so denke ich – beide Seiten dar, die mehr als bisher auch in konkreten Ausbildungs- sowie Professionalisierungszusammenhängen genutzt werden sollte, nachdem sie sich theoretisch und diskursiv bereits sehr gut entfaltet hat. Von Seiten der Studierenden für das Lehramt Geschichte glaube ich aufgrund meiner Erfahrungen annehmen zu dürfen, dass der Ausbildungsbereich Gedenkstättenpädagogik und Geschichtskultur im Sinne eines Schwerpunkt- oder Profildereichs durchaus auf Interesse stößt, sei es in Verbindung mit dem Lehramtsstudium oder in Verbindung mit einer weiteren Qualifikation für politisch-historische Vermittlungskompetenz und -expertise.

Prof. Dr. Susanne Popp ist Lehrstuhlinhaberin für Didaktik der Geschichte an der Universität Augsburg. Ein ihr wichtiger Arbeitsschwerpunkt liegt beim Thema Geschichtskultur und den damit verbundenen geschichtsdidaktischen Herausforderungen für die Ausbildung von Geschichtslehrerinnen und -lehrern sowie den Geschichtsunterricht. Dieser Schwerpunkt umfasst neben der Präsentation von Geschichte in populären Geschichtsmagazinen und in Geschichtsmuseen auch das historische Lernen an Gedenkstätten.

Diskussionen zur Bildungsarbeit in Gedenkstätten

Vergleiche mit anderen Staatsverbrechen

Kai Langer

Dem Thema »Vergleiche mit anderen Regimeverbrechen« widmete sich eine von drei parallel stattfindenden Gesprächsrunden. Dazu referierten nacheinander:

Dr. Daniel Bohse – Leiter der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg,

Dr. Enrico Heitzer – Wissenschaftlicher Mitarbeiter für das Sowjetische Speziallager in der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen sowie

Dr. Rainer Huhle – Gründungs- und Vorstandsmitglied des Nürnberger Menschenrechtszentrums

Die Runde moderierte Dr. Kai Langer, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen Anhalt. Seiner Bitte folgend widmeten sich die drei Referenten in ihren Beiträgen den speziellen Herausforderungen, Spannungsfeldern und Chancen im Hinblick auf die Bildungsarbeit in den von ihnen betrachteten Feldern. Didaktisch-methodische Fragen wurden dabei nicht näher behandelt. Dr. Daniel Bohse und Dr. Enrico Heitzer beschrieben eindrücklich die speziellen Rahmenbedingungen für die Bildungsarbeit an Orten mit sogenannter doppelter Diktaturvergangenheit. Während Bohse dabei auf die pädagogischen Arbeit der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) zu sprechen kam, widmete sich Heitzer der besonderen Situation in der Gedenkstätte Sachsenhausen.

Zunächst gingen beide ausführlich auf die jeweiligen Besonderheiten der Nutzungsgeschichte der von ihnen vorgestellten Orte ein: Im Falle des »Roten Ochsen« handelt es sich um ein 175 Jahre altes Strafgefängnis, das während der Zeit des Nationalsozialismus als Zuchthaus und Hinrichtungsstätte diente, im April 1945 durch US-amerikanische Truppen befreit und ihnen zunächst als Internierungslager diente. Nach dem Besatzungswechsel am 1. Juli 1945 nutzen sowjetische Geheimdienste die Anstalt als Gefängnis. Außerdem fanden hier Prozesse vor Sowjetischen Militärtribunalen (SMT) statt, die sowohl gegen eigene Militärangehörige als auch gegen deutsche Zivilisten Urteile im Sinne der stalinistischen Justiz verhängten. Ab 1950 waren auf dem Gelände die Untersuchungsanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit für das Land Sachsen-Anhalt, später den Bezirk Halle, und schließlich eine Strafvollzugsanstalt der Ministeriums des Innern (Mdl) der DDR untergebracht.

In Sachsenhausen – einem Ortsteil der Stadt Oranienburg – errichteten die Nationalsozialisten 1936 eines ihrer zentralen Konzentrationslager, das zugleich als Sitz der Inspektion der Konzentrationslager (IKL), der zentralen SS-Verwaltungs- und Führungsbehörde für die nationalsozialistischen Konzentrationslager, diente. Im August 1941 wurde hier eine Massenerschießungsanlage errichtet, mittels derer bis zu 18 000 sowjetische Kriegsgefangene ermordet wurden.

Am 21. April 1945 erfolgte die weitgehende Räumung des Lagers. Am 22. und 23. April trafen dort sowjetische und polnische Truppen ein. Zunächst erfolgte eine Weiternutzung als Repatriierungs- und Filtrationslager, dann als sowjetisches Speziallager Nr. 7, ab 1948 erhielt es dann die Nr. 1. Hier wurden Menschen mit tatsächlicher oder vermeintlicher NS-Belastung ohne Gerichtsurteil, aber auch von SMT Abgeurteilte

sowie deutsche Kriegsgefangene festgehalten. Eine rechtliche Grundlage dafür boten interalliierte Vereinbarungen, die auch für die drei Westzonen galten. Im Frühjahr 1950, wenige Monate nach Gründung der DDR, wurde das Speziallager Nr. 1 aufgelöst. Ca. 8000 Häftlinge wurden entlassen, eine kleinere Gruppe in die Sowjetunion transportiert. 5500 Häftlinge wurden an die Behörden der DDR zur weiteren Strafverbüßung oder zur Aburteilung überstellt. Denn nicht wenige Überlebende des Speziallagers Sachsenhausen zählten zu den 3442 noch 1950 in den berühmten Waldheimer Prozessen durch DDR-Gerichte zu langjährigen Zuchthausstrafen, in 32 Fällen auch zum Tode Verurteilten.

Wie aus den Stichworten zur Geschichte der beiden historischen Orte hervorgeht, stehen Orte mit einer doppelten Diktaturvergangenheit bei aller Verschiedenheit vor grundsätzlich ähnlichen Herausforderungen:

- Die Geschichte(n) des Ortes ist/sind ebenso differenziert wie komplex. Aufgrund der schieren Informationsflut droht eine Überforderung der Rezipientinnen und Rezipienten.
- Der latenten Gefahr einer platten Analogisierung von historischen Verbrechen unterschiedlicher Dimensionen («Alles war schlimm, alles das Gleiche») muss wirkungsvoll entgegengetreten werden.
- Es gibt berechnete Ansprüche verschiedener Opfergruppen und ihrer Angehörigen, dass ihre spezifischen Verfolgungsschicksale gewürdigt werden. Dies beinhaltet auch die Notwendigkeit der Einbeziehung ihrer Vertretungen in die Vorbereitung von Ausstellungen, etwa in Gestalt von Beiräten und Expertenkommissionen.
- Im Einklang mit der »Faulenbachschen-Formel«, wonach die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht durch die Auseinandersetzung mit dem Geschehen in der Nachkriegszeit relativiert und umgekehrt das Unrecht und die Verbrechen in der SBZ/DDR nicht unter Hinweis auf die des Nationalsozialismus bagatellisiert werden dürfen, bedarf es getrennter Ausstellungsbereiche für die verschiedenen Diktaturepochen, die sich gestalterisch und räumlich voneinander unterscheiden sollten. In der halleschen Gedenkstätte wurden die Bereiche »Politische Justiz 1933–1945« und »Politische Justiz 1945–1989« auf zwei verschiedenen Ausstellungsetagen untergebracht. In Sachsenhausen sind die Bereiche zur Geschichte des Konzentrationslagers bzw. des Speziallagers auf Grund der grundsätzlich unterschiedlichen Thematik in völlig getrennten Bereichen und Räumlichkeiten untergebracht.
- Die fehlende Verankerung des Wissens um das Wirken sowjetischer Repressionsorgane auf deutschem Boden ist ein grundsätzliches Problem. Da die meisten Lehrerinnen und Lehrer kaum Vorkenntnisse zu diesem Thema haben und dieses in den staatlichen Curricula so gut wie nicht enthalten ist, bleibt es bisher eher randständig. Fehlendes oder geringes Interesse aber auch Berührungsängste gegenüber dem Thema Speziallager haben in der Gedenkstätte Sachsenhausen zur Folge, dass sich nur 10 Prozent aller Projektstage damit beschäftigen.

Inmitten welcher geschichtspolitischer Spannungsfelder sich Gedenkstätten mit einer mehrfachen Nutzungsgeschichte in Diktaturen gelegentlich bewegen, brachte vor allem Enrico Heitzer zum Ausdruck. So berichtete er, dass 1990, im Jahr der deutschen Wiedervereinigung, eine Gruppe um den berühmt-berüchtigten Neonazi Michael Kühnen



Im Rahmen der Erarbeitung der neuen Dauerausstellungen wurden im Jahr 2005 im Kellergeschoss die baulichen Reste der 1942 bis 1945 betriebenen NS-Hinrichtungsstätte freigelegt. Dabei traten auch Spuren der »Nachnutzung« des Raumes als Wäscherei zutage, den Anfang der 1950er-Jahre das MfS veranlasst hatte. Die Überdeckung der aufgefundenen baulichen Fragmente mit einer Glasplatte machen den unsensiblen Umgang des MfS mit diesem Raum besonders deutlich. Foto: Foto Werner Ziegler, Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

den provokatorischen Versuch unternommen habe, das gesamte ehemalige Lagerge-
 lände zur »Gedenkstätte für die Opfer des Sozialismus« zu erklären. Im Jahre 2009 habe
 eine Delegation der rechtsextremen DVU den 60. Jahrestag der Befreiung des Lagers
 zum Anlass genommen, nur einen Kranz für die Opfer des Speziallagers niederzulegen.

Als das Thema »Sowjetische Speziallager« 2001 erstmals Gegenstand einer neuen
 Dauerausstellung wurde, gab es andererseits bereits vorab Proteste staatlicher russi-
 scher Stellen, die sich gegen eine vermeintliche Gleichsetzung der Taten von deutscher
 und sowjetischer Seite wandten.

Von Seiten einiger Verbände für die Opfer der kommunistischen Diktatur wurden
 dagegen Befürchtungen aber auch handfeste Vorwürfe laut, dass die Geschichte des
 Speziallagers mit der Geschichte des Konzentrationslagers »entsorgt« werden solle. Als
 ein Indikator für das empfundene Missverhältnis in der Darstellung der Ereignisse vor
 und nach 1945 wurde und wird auch das stärker diversifizierte Bildungsangebot der
 Gedenkstätte zur Geschichte des Konzentrationslagers gewertet. Diese Beobachtung ist
 korrekt. Es handelt sich dabei aber um eine unmittelbare Folge der fehlenden Nachfrage
 im Hinblick auf das Thema »Speziallager«.

Geschichtspolitischen »Zündstoff« beinhalten auch Fragen im Hinblick auf ein
 angemessenes Gedenken an die verschiedenen Opfergruppen des Konzentrationslagers
 einerseits und des Speziallagers andererseits. Von der Gedenkstätte Sachsenhausen
 wurden jegliche Initiativen, allen Insassen des Speziallagers ein namentliches Geden-
 ken zu ermöglichen, zurück gewiesen. Ein grundsätzliches Problem derartiger Wünsche
 bestehe darin, dass üble NS-Täter so in ein ehrendes Gedenken einbezogen würden.
 Nachdem Versuche eines bestimmten Personenkreises bekannt geworden waren, einem
 ehemaligen Arzt und Täter der NS-»Euthanasie« diese Ehre zuteilwerden zu lassen,
 führte dies zu einem entsprechenden Eklat.

Als ein spezifisches Problem von Gedenkveranstaltungen an Orten mit doppel-
 ter Diktaturvergangenheit verwies Heitzer auch auf geschichtspolitische Deutungs-

kämpfe, die gelegentlich auch in Redebeiträgen von Vertreterinnen und Vertretern demokratischer Parteien zum Ausdruck kommen. Meist seien diese als ein Ausdruck des »Festhalten(s) an einer trivialisierten Totalitarismuskonzeption (»dieselben Verbrechen mit denselben Mitteln«) zu werten.

Neben den geschilderten Risiken – so Bohse und Heitzer übereinstimmend – böten Gedenkorte mit doppelter Vergangenheit auch eine Reihe von Chancen für die Bildungsarbeit:

- So böten neue Forschungsergebnisse, die mit qualitativen und quantitativen Ergebnissen zu den unterschiedlichen Häftlingsgesellschaften Auskunft geben, die Möglichkeit, zu einer Versachlichung der geschichtspolitischen Diskussionen beizutragen.
- Im Unterschied zu Anfang der 1990er sei das politische Klima im Hinblick auf die heftigen geschichtspolitischen Auseinandersetzungen heute vergleichsweise »entspannt«. Unterstellungen an die Adresse von Gedenkstätten, entweder eine Gleichsetzung verschiedener Diktatur betreiben zu wollen oder die SED-Diktatur als das größere Übel darzustellen, sind im Allgemeinen weniger geworden. Ob das Aufkommen der AfD zu neuen Polarisierungen im Hinblick auf den Umgang mit den beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts führen wird, ist eine noch offene Frage. Die Infragestellung der bestehenden Erinnerungskultur durch Teile der Partei lassen ein solches Szenario nicht unwahrscheinlich erscheinen.
- Obwohl Diktaturvergleiche gerade in Deutschland geschichtspolitisch immer noch heikel sind, sollten sie nicht vermieden werden, weil man sonst Rechtsextremen ohne Not das Feld überließe. Diese Einschätzung gilt übrigens auch im Hinblick auf die Nachnutzung ehemaliger KZ-Standorte durch die Westalliierten sowie für andere »problematische« Orte: Stichwort »Rheinwiesenerlager«.
- Diktaturvergleiche können dadurch entschärft werden, dass sie weniger abstrakt systemisch angestellt werden, sondern individuelle Biografien von Opfern und Tätern vorgenommen werden. Auf diese Weise lassen sich auch stärkere Differenzierungen vornehmen.
- Besondere Chancen für die Bildungsarbeit im Umgang mit verschiedenen Regimeverbrechen in Deutschland werden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Diskussion gesehen, wenn die historischen Themen stärker in allgemeine Kontexte eingebettet werden, die anschlussfähig an die Gegenwart sind, sowie Fragen nach Gerechtigkeit oder der Überwindung von Ungerechtigkeit oder Fragen von Schuld und Verantwortung.

Für einen radikalen Perspektivwechsel in der Diskussion sorgte Dr. Rainer Huhle, Vorstandsmitglied des Nürnberger Menschenrechtszentrums, in dem er unterschiedliche Formen und Ansätze für die historisch-politische Gedenk- und Bildungsarbeit in verschiedenen Ländern Lateinamerikas vorstellte. Anders als mit Blick auf die Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland ist der zeitliche Abstand zu den dortigen Diktaturverbrechen wesentlich geringer. Bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein wurden viele Staaten Lateinamerikas diktatorisch regiert. In der konkreten Praxis der Herrschaftsausübung habe es jedoch graduelle Unterschiede gegeben. Während sich in Mexiko eine eher zivile Präsidialdiktatur mit autoritären Zügen etablierte, herrschte in Argentinien eine »antisemitisch grundierte Militärdik-

tatur«. Letztere sei die Ursache dafür gewesen, dass es in der Nachkriegsgesellschaft des Landes zu sichtbaren Spannungen zwischen verschiedenen Migrantengruppen aus Europa (antifaschistische und jüdische Emigranten versus nationalsozialistische Migranten) gekommen sei.

Inzwischen gebe es zwischen den einzelnen Ländern einen regen Austausch im Hinblick auf die Aufarbeitung der eigenen Diktaturvergangenheit. Bei allen Unterschieden sei feststellbar, dass es in der pädagogischen Arbeit eine besondere Betonung der Menschenrechte gibt.

Am Beispiel Mexikos führte Huhle weiter aus, dass man hier bislang nicht von einer institutionalisierten Bildungs- und Erinnerungsarbeit für die gewaltsame Revolutions- und Bürgerkriegsgeschichte des eigenen Landes (1910–1920) sprechen könne. Im Hinblick auf dieses Thema dominiere immer noch ein gewisses revolutionäres Pathos, das die zweifellos begangenen Menschenrechtsverletzungen relativiere. Gleichwohl gebe es einige interessante Einrichtungen wie das Museum der Erinnerung und der Toleranz in Mexiko-Stadt. Dort werden verschiedene, mehr oder weniger historische Massenverbrechen wie der Genozid an den Armeniern im Osmanischen Reich (1915/16), die Shoah (1941–1945), der Völkermord an den Tutsi in Ruanda (1994), das Massaker im bosnischen Srebrenica (1995) oder die ethnischen Auseinandersetzungen in der südsudanesischen Provinz Darfur (seit 2003) thematisiert. Diese werden kontrastiert mit Menschenrechtsfragen der mexikanischen Gegenwart (Verbrechen im Zusammenhang mit Drogenkriminalität, Frauenmorde, Situation an der US-Grenze). Als ein weiteres Beispiel erwähnte der Referent ein Museum für Gilberto Bosques (1892–1995), der als mexikanischer Konsul in Frankreich über 40 000 Menschen – Juden, Antifaschisten, Anhänger der Spanischen Republik und Interbrigadisten, darunter Anna Seghers und Egon Erwin Kisch – die Flucht vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten ermöglichte.

Mit Blick auf Kolumbien verwies Rainer Huhle auf die Politik des gegenwärtigen Präsidenten Santos. Nach dem jüngsten Friedensschluss der Regierung mit den FARC-Rebellen habe er die Einrichtung eines mit unabhängigen Experten besetzten Zentrums für historische Erinnerung angeregt, das sich mit den Folgen des jahrzehntelangen Bürgerkrieges, der hunderttausende Tote gefordert hat, beschäftigen wird. Neben der Herausgabe von Publikationen und pädagogischen Materialien ist auch ein Museum der Erinnerung geplant. Schließlich soll eine zeitlich befristete Wahrheitskommission nach dem Vorbild Argentiniens und anderer lateinamerikanischer Staaten berufen werden mit dem Ziel, Empfehlungen für den Umgang mit der Bürgerkriegsvergangenheit zu erarbeiten. Inwieweit sich aus der Aufarbeitungs- und Versöhnungsarbeit Chancen für einen verbesserten gesellschaftlichen Zusammenhalt in Kolumbien ergeben können, wird erst die Zukunft erweisen.

Dr. Kai Langer, Historiker für Zeitgeschichte, ist seit 2010 Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt in Magdeburg.

Gedenkstättenarbeit mit Geflüchteten – ein Überblick

Akim Jah

Im *Denkort Bunker Valentin*, einer im Jahr 2011 eröffneten Gedenkstätte in der Ruine einer U-Boot-Werft in Bremen-Farge, existiert seit mehreren Jahren das Projekt »Wir sind Multi-Perspektif«, in dem Geflüchtete als Zielgruppe im Zentrum stehen. Die Idee des Projekts ist es, Räume für die Auseinandersetzung mit Geschichte zu eröffnen, wobei der Schwerpunkt auf dem Austausch zwischen Geflüchteten und Nichtgeflüchteten liegt. Der historische Ort bildet dabei zwar einen Ausgangspunkt, die Vermittlung der spezifischen Geschichte des Bunkers steht jedoch nicht im Vordergrund. Seit dem Bestehen des Projektes haben sich Teilnehmende in einer offenen Gruppe u.a. mit den Themen Flucht/Exil, Heimat, Zukunft und Lager sowie mögliche Gegenwartsbezüge von Gedenkstätten auseinandergesetzt, Erinnerungsorte besucht und Namen von arabischen Zwangsarbeitern in Bremen recherchiert. Manche der teilnehmenden Geflüchteten haben sich als Guides für den Denkort fortgebildet. Ausgangspunkt des Projektes ist die Annahme, dass die Beschäftigung mit der Geschichte der Verfolgung im Nationalsozialismus Geflüchteter nicht unbedingt nahe liegt; gleichwohl sind sie durch ihren eigenen Hintergrund selbst »Experten« und »Expertinnen« für Geschichte bzw. haben aufgrund ihrer Fluchterfahrung eine eigene Perspektive darauf. Zudem, so eine weitere Annahme, können geografische Bezüge, etwa zu den Herkunftsländern von Geflüchteten, in Form von Biografien ehemaliger Zwangsarbeiter z.B. aus Nordafrika, Ansatzpunkte für eine Beschäftigung mit der NS-Geschichte sein. Eine ausführliche Beschreibung des Projekts folgt im nächsten Artikel.

Einen ähnlichen Ansatz praktiziert die Gedenk- und Bildungsstätte *Haus der Wannsee-Konferenz* in Berlin. Nachdem der Verein Karame e.V. an die Einrichtung wegen der Durchführung eines Workshops für geflüchtete Frauen aus Syrien herangetreten war, wurde dort ein Konzept entwickelt, in dem zunächst die Auseinandersetzung mit eigener Fluchterfahrung im Mittelpunkt stand. Der Workshop selbst fand nicht am historischen Ort, der stark mit der Geschichte des Massenmords an der jüdischen Bevölkerung Europas im Zusammenhang steht, statt, sondern in einem Jugendklub in Berlin-Moabit. Im weiteren Verlauf des Projekts besuchten die Teilnehmenden das Haus der Wannsee-Konferenz und beschäftigten sich mit der Geschichte des Ortes und der NS-Verfolgungspolitik. Dabei wurde deutlich, dass bei den Teilnehmenden einerseits ein großes Interesse an der NS-Geschichte, andererseits aber auch antisemitische Vorurteile vorhanden waren, auf die im Projekt einzugehen war. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der in diesem Projekt gemachten Erfahrungen entstand die Idee, mit einem Dokumentenkoffer pädagogisches Material zu entwickeln, das an die Themen Flucht in historischer Perspektive anknüpft und damit einen Zugang zur Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte bietet.

Der Koffer, der aus mehreren Mappen mit Faksimiles von und Auszügen aus historischen Dokumenten besteht, wird in Kürze unter dem Namen *Passagen – Brüche – Perspektiven* erscheinen und ist für den Einsatz sowohl in der außerschulischen Bildung als auch in der Schule konzipiert. Thematisch fokussiert sich die Publikation auf his-

torische Aspekte des Nationalsozialismus und seiner Nachgeschichte, die weitgehend unbekannt sind und die in der Regel im heutigen Diskurs um das Thema Flucht keine Rolle spielen. Hierzu gehören europäische jüdische Flüchtlinge im marokkanischen Tanger, die Flucht aus Deportationstransporten nach Treblinka und die Situation von Displaced Persons nach der Befreiung. Das Ziel des Koffers ist es, nicht nur Zugänge zu einer Beschäftigung mit der NS-Geschichte zu schaffen, sondern auch bestehende historische und gegenwärtige Narrative in Frage zu stellen.

Die Beispiele aus Bremen und Berlin geben einen Einblick in Angebote für Geflüchtete, die momentan in Gedenkstätten in Deutschland entwickelt werden. Zugleich zeigen die Beispiele die Implikationen, Spezifika, Möglichkeiten und Grenzen solcher Ansätze, auf die im Folgenden thesenhaft – und keinesfalls erschöpfend – eingegangen werden soll:

- In den Gedenkstätten lässt sich bei Geflüchteten ein – allerdings nicht quantifizierbares – Interesse an der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte feststellen. Dabei ist das historische Vorwissen oftmals sehr gering und mitunter mit antisemitischen Vorurteilen verbunden. Beides ist jedoch nicht auf die Zielgruppe der Geflüchteten beschränkt, sondern stellt eine Herausforderung dar, auf die die Gedenkstättenpädagogik mit der bestehenden und erprobten Methodik und Didaktik innerhalb der bestehenden Praxis routiniert reagieren kann.

- Geflüchtete bringen oftmals durch ihre eigene Verfolgungserfahrung und Fluchtgeschichte spezifische Bezüge zu einem Gedenkstättenbesuch mit. Im Sinne einer Teilnehmendenzentrierung, die von den Bedürfnissen und Vorkenntnissen der Teilnehmenden ausgeht bzw. daran ansetzt, ist es die Aufgabe der Gedenkstättenpädagogik daran anzuknüpfen. Wie die Beispiele aus Bremen und Berlin zeigen, ist dies nachhaltig nur in längerfristig angelegten Projekten möglich. Eine in diesem Kontext oft formulierte Prämisse ist es, dass Geflüchtete ein Bedürfnis haben, sich zunächst mit ihrer eigenen Geschichte zu beschäftigen. Der Ansatz, diesen persönlichen Erfahrungen Raum zu geben, entspricht auch der Forderung, anderen (Geschichts-) Narrativen, die sich auf andere Völkermorde oder historische Ereignisse beziehen, Gehör zu verschaffen und hierfür »Erinnerungsräume« zu bilden.

- Im Kontext des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen spielen Flucht, Displacement und Emigration eine große Rolle; ihre Thematisierung kann, weil Bezüge erkennbar und damit Zugänge geschaffen werden, die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte unterstützen. Hierzu gehören, wie im Dokumentenkoffer thematisiert, die Flucht von jüdischen Deutschen in den 1930er-Jahren, die Deportation in Gettos, Konzentrations- und Vernichtungslager sowie Verschleppungen zur Zwangsarbeit, die Situation der befreiten KZ-Häftlinge und der wenigen Überlebenden des Holocausts. Es umfasst zudem die Fürsorge der Alliierten für diese »Displaced Persons« in Form von medizinischer Hilfe, Versorgung mit Nahrung und Wohnraum sowie Suche nach Familienangehörigen. Die spezifische Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Kindern bildet einen weiteren Bezugspunkt, wie auch die Unterstützung der Alliierten bei der Emigration in ein Drittland. Inwieweit eine besondere didaktische Berücksichtigung von bestimmten Gruppen in einer Gesellschaft, die per se heterogen ist, überhaupt als notwendig zu erachten ist, ist jedoch umstritten.

- Nicht nur die Gesellschaft, sondern auch die Gruppe der Geflüchteten selbst ist heterogen. Das heißt, dass sich ihr jeweiliger persönlicher Hintergrund, ihre Erfahrun-

gen, ihre politischen Haltungen ebenso unterscheiden wie ihr Interesse daran, sich mit Geschichte auseinanderzusetzen. Hinzu kommt die unterschiedliche Altersstruktur von Geflüchteten, die neben Erwachsenen auch Jugendliche umfaßt. Die oben beschriebenen Projekte, bei denen den Teilnehmenden die Möglichkeit gegeben wird, sich mit ihrer eigenen Geschichte zu befassen, werden durch die Offenheit ihrer Einsätze dieser Heterogenität gerecht. Nicht zuletzt kommt dies im Titel »Wir sind Multi-Perspektiv« zum Ausdruck. Allerdings bedeutet dies, dass es eine spezifische für diese Zielgruppe entwickelte Methodik-Didaktik nicht geben kann.

- Gedenkstätten zur Erinnerung an die NS-Verbrechen sind Orte, an denen der Opfer der NS-Verfolgung gedacht wird und die einer Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte verpflichtet sind. Insofern sind sie, trotz eines möglichen teilnehmendenorientierten Ansatzes, thematisch nicht beliebig. Eine primäre Auseinandersetzung am historischen Ort mit anderen Völkermorden oder politischen Krisensituationen kann zu unterkomplexen Gleichsetzungen oder falschen Analogien führen. Dies ist der Grund, warum in dem Berliner Projekt die Auseinandersetzung mit den eigenen Fluchterfahrungen außerhalb der Gedenkstätte stattfindet und die Teilnehmenden des Projektes erst für die Beschäftigung mit dem Holocaust in die Gedenkstätte kommen.

- Die Projekte aus Bremen und Berlin weisen beide einen offenen Charakter auf; die Teilnehmenden bestimmen selbst, was sie erzählen und wann und in welcher Form sie sich mit der NS-Geschichte beschäftigen und eine Gedenkstätte besuchen. Dies impliziert, die Teilnehmenden als mündig zu betrachten und anzuerkennen, dass sie eigene Interessen formulieren können. Hierzu gehört auch die Entscheidung, ob die alltäglichen Probleme des »Ankommens« vorherrschend sind oder ob eine Beschäftigung mit der NS-Geschichte als sinnhaft betrachtet wird.

- Die Entwicklung von Projekten, die sich an die Zielgruppe Geflüchtete richten, hat auch mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen zu tun und hängt von der erfolgreichen Akquise von Projektgeldern ab. Dies betrifft auch die Vor- und Nachbereitung von Gedenkstättenbesuchen, was wiederum ggf. auch eine professionelle sozialarbeiterische Betreuung mit einschließt bzw. miteinschließen sollte.

Evaluationen von Programmen zur und systematisierte Erfahrungen in der Arbeit mit Geflüchteten, die Grundlage einer Fachdiskussion und einer Weiterentwicklung des Feldes innerhalb der Gedenkstättenpädagogik sein könnten, liegen bislang nicht vor. Einschlägige Forschungen stellen ein Desiderat dar.

Es liegt in der Verantwortung von Gedenkstätten, die Vielfalt der Zielgruppen im Blick zu haben, Programme sowie Zugänge zur Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte und den nationalsozialistischen Verbrechen zu entwickeln und anzubieten. Ohne Zweifel gehören Geflüchtete, die in den letzten Jahren in die Bundesrepublik gekommen sind, dazu. Und ohne Zweifel bieten die hier dargestellten Projekte instruktive Ansätze.

Dr. Akim Jah, Politikwissenschaftler, ist seit 2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Forschung und Bildung des International Tracing Service. Zuvor war er freiberuflich für verschiedene Träger u.a. in der historisch-politischen Bildung, der Entwicklung von Bildungsmaterialien und Projekten an Gedenkstätten und der Evaluation von Bildungsprogrammen tätig.

»Es ist wichtig, wie wir diese Situation ändern«

MULTI-PERSPEKTIF, EINE PÄDAGOGISCHE INTERVENTION
AM DENKORT BUNKER VALENTIN

Kathrin Herold und Appolinaire Apetor-Koffi¹

Der Kölner Schriftsteller Doğan Akhanlı, der einst als politischer Flüchtling die Türkei verlassen musste, beschreibt, wie er Ende der 1990er Jahre begonnen hat, sich intensiv mit der NS-Geschichte zu beschäftigen und in nahezu alle Konzentrations- und Vernichtungslager fuhr, die heute Gedenkstätten sind. Den Anstoß dazu bekam er durch seine damalige Partnerin Ayşe, die nach einer Studienfahrt nach Auschwitz zu ihm sagte: »Wir haben [...] das, was wir selbst erlebt haben, viel zu wichtig genommen!«² Dogan Akhanlı reflektierte daraufhin: »Ich wusste, dass man persönliches Leid nicht vergleichen kann, aber dennoch dachte ich, wenn eine Frau, die einen Monat lang gefoltert wurde, das eigene Leid gering achtet, dann musste dieser Ort Auschwitz auch für mich eine Bedeutung haben.«³

Warum und zu welchem Zeitpunkt in unserem Leben haben Erinnerungsorte für Opfer von Gewalttaten während des Nationalsozialismus eine Bedeutung? Haben sie es jemals? Ändert sich das im Laufe eines Lebens? Welche Orte sind bedeutsamer als andere?

Welche Bedeutung hat überhaupt Geschichte und Erinnerung? Und wo begegnen sich mitunter Gegenwart und Vergangenheit? Diese Fragen beschäftigen uns auch am Denkort Bunker Valentin in Bremen.

Wir sind alle Multi-peRSPEKTif – Identität und Haltung

Im Mai 2017 erhielt der Verein »Erinnern für die Zukunft e.V.« die finanziellen Mittel, um das pädagogische Vorgängerprojekt »Entwurzelung durch Gewalt« am Denkort Bunker Valentin fortzusetzen. Im Kern dieses Projektes stand die Frage, welchen Beitrag die Vermittlungsarbeit an einem Ort wie dem Denkort Bunker Valentin zur Sensibilisierung für Ursachen und Folgen von Flucht und Vertreibung leisten kann. Mit dem Projekt-Neustart galt es, daran anzuknüpfen, sowie die vorgefundenen Räume und Fragestellungen gemeinsam weiter zu erschließen. Grundlage der umzusetzenden Aufgabe war eine auf vier Säulen basierende Projektbeschreibung mit dem Titel »Unterschiedliche Erinnerung – gemeinsame Gegenwart – voneinander lernen für die Zukunft. Zuhören, Beweise sichern, Empowerment und Sensibilisierung nach Außen.«⁴

Für diese Aufgaben konnten drei neue Mitarbeitende dazugewonnen werden, darunter die Verfasserin und der Verfasser dieses Aufsatzes. Wir, als das neue Team, folgten zunächst dem Bedürfnis, jenseits der wohlklingenden Formulierungen des Antrags unserem Handeln und unseren Ansprüchen einen eigenen Namen zu geben. Diese Namensuche sollte uns gleichzeitig beim Aushandeln unserer Team-Identitäten im Sinne einer gemeinsamen Profilbestimmung stärken. Denn zunächst war klar: Wir liefen von ganz unterschiedlichen Punkten los. So ist zwar eine von uns seit 15 Jahren »bio-deutsche« Gedenkstättenpädagogin, ihr aktueller Erfahrungshorizont jedoch auch durch mehrere Jahre, die sie zuletzt in einem *failed state* auf der anderen Seite des Atlantiks lebte, geprägt. Der Zweite ist weder im geschichts- und erinnerungspolitischen Feld, noch in Bremen neu und doch durch Herkunft, Sozialisierung in und

spätere Flucht aus einer ehemals deutschen Kolonie auf dem afrikanischen Kontinent geradezu »untypisch« in der bundesdeutschen Gedenkstättenzene. Der Dritte im Team wiederum arbeitet vor allem zu queerpolitischen Fragen im Zusammenhang mit Migration und ist aus Nordkurdistan.

Bislang verwiesen die Kolleginnen und Kollegen des Denkort auf das »Geflüchteten-Projekt« oder sie sprachen vom »BpB-Projekt«⁵. Das sollte sich nach unserem Dafürhalten nun also ändern und bereits da war uns klar, dass die Frage des Benennens der »Problematik« oder schlicht des »Inhalts« dieses Projekts ein nicht unwesentlicher Teil der Herausforderung war, der wir uns stellen wollten.

Zunächst versuchten wir uns zu verorten. Der heutige Ort der Erinnerung, an dem wir uns befanden, war, lange bevor die Landeszentrale für politische Bildung in Bremen beauftragt wurde, eine Gedenkstätte einzurichten, nicht nur von deutschen Akteuren, sondern maßgeblich von Überlebenden und Angehörigen aus mehreren Ländern West-Europas erstritten worden. Aus ihrem Kreis wurde ein Denkmal initiiert, dessen Inschrift in zwölf Sprachen übersetzt wurde. Doch, wie stark sind bisher, jenseits dieser Gruppe der Überlebenden und Angehörigen, auch »nicht-deutsche« Perspektiven in die unmittelbare Gestaltung der Erinnerungsarbeit eingeflossen?

Des Weiteren beschäftigte uns wie auch unsere Kolleginnen und Kollegen am Denkort folgender Gedanke: In einer Situation globaler politischer Krisen, in die Staaten mit hohem Wohlstand und vermeintlich sicherer Lebensgrundlage auf vielfältige Weise verwoben sind, produziert eine Engführung auf »die Flüchtlingskrise« mehr denn je falsche und schnellfertige Schlussfolgerungen. Um dem entgegenzuwirken, bedarf es immer wieder neu auszuhandelnde Konzepte, mit dem Ziel, die Komplexität aufzuzeigen und auch auszuhalten. Gerade historisch-politische Bildungsarbeit verfolgt diesen Anspruch. Frei nach dem Leitsatz »fragend gehen wir voran« wollten wir uns und andere ermutigen, Fragen zu formulieren und einander zuzuhören. Indem vielfältige Perspektiven hörbar(er) und zugleich konkretisiert werden, können sich bestehende Blicke auf Zusammenhänge von Geschichte, Erinnerung und Gegenwart effektiv verändern. Das war die Geburtsstunde von Multi-peRSPEKTif, einem pädagogischen Projekt und einer Intervention.

Der Tatort Baustelle als Denkort für alle

Der Name nimmt natürlich nicht zufällig Anleihe am gedenkstättenpädagogischen Konzept der »Multiperspektivität«. Damit ist, bezogen auf die Marinebaustelle zur Errichtung einer verbunkerten U-Bootwerft, gemeint, die Gruppe »der Zwangsarbeiter« auszudifferenzieren. Je nach Lagerzuordnung, Herkunft und rassistischer Klassifizierung – Stichwort »Ostarbeiter«, »sowjetische Kriegsgefangene«, »italienische Militärinternierte«, »Arbeitserziehungslagergefangene« und die Häftlinge des KZ Farge mit seiner hierarchischen Unterteilung nach Funktionshäftlingen und »Winkeln« – bildet die Baustelle einen Mikrokosmos des NS-Zwangsarbeitereinsatzes innerhalb Deutschlands 1943 bis 1945 ab. So gut wie nicht sichtbar sind dagegen der Holocaust, der Genozid an den Roma, »Euthanasie« und geschlechtsspezifische Verfolgungen. Als Akteure trafen ferner im beschaulichen Dorf Farge-Rekum aufeinander: Angehörige von Kriegsmarine, Organisation Todt, SS, Wehrmacht und Gestapo, Ingenieure, über 50 Baufirmen mit ihrem Personal, Nachbarinnen und Nachbarn entlang der Verbindungswege, die die Gefangenenspalisaden täglich passierten.

Unseren Wunsch bezüglich des Projektverständnisses und der Zielgruppen formulierten wir als offensive Haltung im Sinne eines ›Denkort für Alle‹ und ›Willkommensortes‹. Seit Ende 2015 ist der Denkort Bunker Valentin als Erinnerungs- und Dokumentationsort an fünf Tagen die Woche offen und für Alle kostenfrei erkundbar. Jedoch ist ein geöffneter Raum nicht per se für alle auf die gleiche Weise zugänglich. Es existieren Barrieren, zum Beispiel im Hinblick auf Mobilität, Sprache, soziokulturelle Gewohnheiten und Erfahrungen. Zudem bringt die Erinnerungsstätte am Ort der geplanten, jedoch nicht in Betrieb genommenen verbunkerten U-Bootwerft ihre ganz spezifischen Herausforderungen mit sich. Trotz der Beendigung der jahrzehntelangen militärischen Nachnutzung des Geländes (1960–2010) und einem fortan stetig wachsenden Prozess der Verschiebung des mit dem Gebäude verbundenen Narrativs von »U-Boot-Technik und Stahlbeton« zu »Ursachen, Bedingungen und Folgen von Zwangsarbeit, transgenerationale Erinnerungen und Handlungsspielräume einzelner« ist allzu oft noch die Rede vom »Valentin« oder eben vom »Bunker«. Eine Bäckerei steht für Brot, doch wofür steht eigentlich ein über 400m langer überirdischer Bunker? Für Krieg? Für Zuflucht und Sicherheit vor Bomben? Fakt ist, dass der Bunker »Valentin« auch heute noch Raum für Spekulationen und vielfältige Interpretationen eröffnet, die zu nutzen sicherlich vor allem Chancen für zukunftsfähige Erinnerungskulturen mit sich bringt.

Gleichzeitig müssen wir uns vor Augen führen, dass der junge Denkort sich stetig weiter konstruiert, durch neue Forschungserkenntnisse, durch neue Fragen und durch gegenwärtige Ereignisse. Nicht zuletzt findet ein Fortschreiben der Erinnerung auch durch Menschen statt, die selbst Flucht und Vertreibungsgeschichten erlebt haben. So wurde beispielsweise erst im Rahmen dieses Projekts begonnen, einem Hinweis auf die Nennung von nordafrikanischen Zwangsarbeitern in der »Personalliste der Organisation Todt« zu folgen.

Menschen mit Migrationserfahrung besuchen bislang den Denkort als Teil von Gruppen oder sie kommen als Einzelne. Ihr Anteil am Team der festen und freien Mitarbeiterschaft machte bislang weniger als 5% aus. Wie könnten wir also einerseits Menschen mit Migrationserfahrung überhaupt stärker an der erinnerungspolitischen Gestaltung teilhaben lassen und andererseits differenzierte Fragestellungen, die durch Ausgrenzungserfahrungen einerseits aber auch durch gegenwärtige Erfahrungen mit Vertreibung, Krieg und Flucht, sowie globaleren Verflechtungen von Geschichte(n) andererseits geprägt sind hörbarer machen?

Zielgruppe und Motivationen

In unmittelbarer Nachbarschaft des Denkort Bunker Valentin wurden seit 2014 zwei Häuser für jugendliche unbegleitete Geflüchtete (Mädchen und Jungen) betrieben und teilweise auch öffentlich bekämpft⁶, weshalb es uns naheliegend erschien, diese Nachbarschaft kennenzulernen. Dieser Prozess erwies sich zunächst als komplizierter als gedacht, aufgrund der strukturellen »Betreuungssituation« der betroffenen Jugendlichen. Sie endete jedoch nur deshalb, da beide Einrichtungen geschlossen wurden.

Als Kerngruppe der Multi-peRSPEKTif-Begegnungen luden wir Menschen mit Migrationserfahrung ein, zu denen teilweise durch das Vorgängerprojekt bereits Kontakte bestanden. Wir setzten beim Aufbau dieses Aktivenkreises stärker auf die Aktivierung und Befähigung Einzelner, um an diesem Prozess teilzunehmen, statt eine bereits

irgendwie existierende Gruppe anzusprechen. Die jeweils eigene Begegnung mit der Bremer NS-Geschichte sollte im Austausch mit uns, den anderen Kolleginnen und Kollegen vom Denkort und den anderen Aktiven, erfahrbar werden.

Die Gratwanderung bestand also darin, keine neue Zuschreibung im Sinne »der Geflüchteten oder Menschen mit Migrationserfahrung« zu konstruieren, dennoch Menschen mit einem solchen, wenn auch sehr weit zu fassenden Erfahrungsraum anzusprechen und einzuladen. Am ersten Aktiven-Treffen beteiligten sich Menschen, die aus Afghanistan, Guinea, Irak, Iran, Russland, Syrien und Ukraine nach Bremen kamen. Bei der Eingangsrunde bezüglich der Motivationen und Stimmungsbilder der Beteiligten wurden unter anderem benannt: Die Fähigkeit, Diskussionen führen zu können, Geschichte generell, bereits am Denkort gewesen zu sein, der immer noch bestehende Rassismus und Nationalismus und was dagegen zu machen sei, der Wunsch aktiv zu werden, generelles Politikinteresse, Gräueltaten in Afghanistan mit Geschehnissen in Deutschland vergleichen zu wollen, eine kritische Haltung gegen Kapitalismus, politischer Aktivismus sowie die Erfahrungen mit der deutschen Bevölkerung (rassistische oder konservative Realitäten besonders in ländlichen Regionen).

Im Anschluss an erste assoziative Verortungen und die Planung der Exkursionen zum Denkort Bunker Valentin, zur KZ-Gedenkstätte Neuengamme und zur Spurensuche in der Bremer Innenstadt kristallisierten sich im Diskussionskreis sogleich philosophische Fragen heraus: Geschichte wird gemacht, durch kompliziertes Ineinanderverwirken von Ereignissen und Kräften versus Menschen machen Geschichte – und – ist sie dadurch veränderbar?

Bei den Exkursionen, die wir zum Teil selbst, sowie mit Unterstützung von Kolleginnen und Kollegen inhaltlich gestalteten, waren wir mit Aufnahmegerät und Notizblöcken, später auch mit Foto- und Filmkamera ausgestattet. Wir arbeiteten am vertrauensbildenden Prozess innerhalb der Gruppe; es kristallisierte sich langsam heraus, wer stärker an einer Mitarbeit am Denkort interessiert war und wir schufen Raum für vielfältige Reflexionsprozesse.

Verbindungen

Eine Verbindung, die beispielsweise bei einem Workshop am Denkort Bunker Valentin zur Sprache kam, knüpfte an der Beschreibung der unwürdigen Unterbringung der Gefangenen im unterirdischen Treibstoffbunker des KZ Farge an. Ein Teilnehmer erinnerte sich an Geschichtsbilder, die seinen Blick auf Geschichte von Macht und Unterdrückung prägten: Die Bedingungen derjenigen, die mit Schiffen vom afrikanischen auf den amerikanischen Kontinent transportiert wurden und dort als Sklaven für Weiße Zwangsarbeit leisten mussten. Bei dieser Begebenheit war es tatsächlich weniger eine sprachliche Beschreibung dieser Verflechtungsgeschichte von Nationalsozialismus und Kolonialismus, sondern vielmehr eine zunächst sehr diffuse, bildhafte Assoziation, die erst nach und nach für den Rest der Gruppe klarer wurde.

Bei einer Tagesexkursion zur KZ-Gedenkstätte Neuengamme entwickelte sich nach einer allgemeinen Einführung, die u.a. die Aufnahme-prozedur der Gefangenen im KZ Neuengamme beschrieb und nachdem einige konkrete Fragen zum historischen Ort besprochen wurden, eine Diskussion.

»In den Notunterkünften herrschen ähnliche Bedingungen. Es werden Geflüchtete untereinander unterschiedlich privilegiert behandelt, Afghanen kriegen zB.

keinen Deutschkurs. Andere erhalten Kurse und befinden sich zudem in einem sichereren Status. Wieder andere stehen in der Mitte. [...]

Wenn ich höre, welche Regeln in den KZs existierten, sehe ich Ähnlichkeiten in den Geflüchteten-Lagern. Das Problem muss doch aber gelöst werden. Auch bei den Häftlingsnummern, die damals den Menschen gegeben wurden, werde ich wieder an Geflüchtete heutzutage erinnert. Ich bekam auch eine Nummer. Diese war 425. Ich hatte für die Behörde gefühlt keinen Namen. Das ist traurig. Diese Situation gibt es zwar überall auf der Welt. Aber wieso gerade hier in Deutschland mit dieser Geschichte? Es wäre doch besser, wenn die Situation anders gewesen wäre.«⁷

Mit diesem Statement forderte der Teilnehmer die Betrachtung der heutigen Situation Geflüchteter ein. Der Faden wurde von jenen Teilnehmenden, die sich zu unterschiedlichen Zeiten in Durchgangs-, oder Aufnahmelagern befanden, aufgenommen und weitergeführt:

»Als ich neu hierher kam, erfuhr ich, dass einige Personen, die damals Täter waren, teilweise bis heute noch nicht zur Rechenschaft gezogen wurden. Viele wurden auch von einigen Würdenträgern in Deutschland geschützt. Und ein Gebäude, das zu NS-Zeiten ein Registrierungsstelle war sowie in der DDR-Zeit eine Druckerei war, wurde in der BRD zur Ausländerbehörde umfunktioniert. Gleichzeitig wurden wir zu einem KZ gefahren, um die Geschichte der NS-Zeit kennen zu lernen. Ich habe mich gefragt, was für ein Geschichtsverständnis vorhanden gewesen sein muss. Mein damaliges Gefühl war dann eher, du bist nicht willkommen und schau, was wir mit dir machen könnten.«⁸

Ein weiterer Teilnehmer setzte das »Steinhaus 1«, in dem wir uns bei der Diskussion befanden und dessen Zeitschichten, also KZ-Häftlingsblock – Justizvollzugsanstalt – Verwaltung und Studienzentrum der Gedenkstätte mit seiner Erfahrung und seiner Deutung der Bundesrepublik Deutschland in Beziehung:

»Dieses Gebäude ist alt und es wurde renoviert? Diese Regeln aber und die Infrastrukturen, die es früher gab, sind diese nicht auch lediglich renoviert? Was ich hier in Deutschland sehe, ist, dass es hier immer noch so rassistisch ist. Es wurde zwar etwas verbessert, als zu Zeiten des Nationalsozialismus. Allerdings wenn man in die Tiefe geht und fühlt, sieht man das gleiche. Auch die Gesetze sind noch auf den alten aufgebaut oder übernommen worden. Es ist wie mit diesem Gebäude. Dieses ist alt und von damals, aber wenn man hier rein kommt, denkt man sich: Was für ein neues, renoviertes Gebäude! Allerdings steckt eine ganz andere Geschichte dahinter. Es ist wichtig, wie wir diese Situation ändern. Gehen wir nur oberflächlich vor oder ändert man von Grund auf?«⁹

Bei dieser Diskussion erlebte unsere Gruppe die »Expertin« und »Gastgeberin« vor Ort, die Leiterin der Gedenkstättenpädagogik Ulrike Jensen, als interessierte Zuhörerin. Statt an einem vorher festgelegten Programm festzuhalten, schuf sie Raum für den Austausch eigener Erfahrungen. Dadurch war die Basis dafür geschaffen, sich bei der anschließenden Erkundung der Ausstellungen und des Geländes intensiver auf die Geschichte Neuengammes einzulassen.

Experte der eigenen Geschichte

Bei einem Wochenendseminar, das wir nach den Exkursionen in der Bildungsstätte Bredbeck (Landkreis Osterholz-Scharmbeck), einem Kooperationspartner in der Region, durchführten, fanden wir schließlich die entsprechenden räumlichen Voraussetzungen, um über drei Tage miteinander zu arbeiten. Zu diesem Workshop luden wir zwei Medienpädagogen der Agentur »Vomhoerensehen« ein, die am Seminar teilnahmen und gleichzeitig filmten sowie einzelne Interviews mit der Filmkamera aufnahmen. Das Konzept dieses Wochenendes bestand darin, sich auf fünf inhaltliche Stränge zu konzentrieren: 1) Erinnerung: Wie und worüber überhaupt sprechen? 2) Erfahrungen im Zusammenhang mit Flucht und Migration – individuell und strukturell gesellschaftlich. 3) Lager und Zwangsarbeit als sich fortsetzende Systeme. 4) Heimat? 5) Was bedeutet für mich Zukunft und wie formuliere ich Wünsche an diese?

Dieses Seminar leiteten wir, die Schreibenden dieses Textes, gemeinsam mit unserem dritten Kollegen, Ali Naki Tutar. Um die Themen methodisch miteinander zu verweben, nutzten wir ganz unterschiedliche Materialien als Input. Zum Beispiel arbeiteten wir mit einem kurzen Video eines Gesprächs des ehemaligen Zwangsarbeiters der Bunkerbaustelle, Marian Hawling, mit seinen Kindern.¹⁰ Im polnischen Widerstand bewegte sich Hawling quer durch Europa, bis er schließlich von der Gestapo gefangen genommen wurde und über verschiedene Lager im KZ Farge landete. Nach seiner Befreiung wanderte er nach Australien aus und wählte die größtmögliche Distanz zu dieser Geschichte. Erst Jahrzehnte später, angestoßen durch die hartnäckigen Fragen seiner Kinder, brach er sein Schweigen. Als im Interview mit den Projektteilnehmern Timur und seinem Lebenspartner Bekhruz das Gespräch um deren Zukunft und Familienplanung kreiste, bezog sich Timur auf Hawling. Er stellte sich die Frage, welche Teile seiner eigenen Verfolgungserfahrungen als Homosexueller in Russland die zukünftige Geschichte seiner eigenen Kinder prägen könnte.¹¹

Sichtbarmachen und RSPKT (Respekt!)

Weitere Verbindungslinien und Perspektiven der Projektteilnehmer sind in 15 Video-clips zu sehen. Diese Filme sind das Herzstück einer neuen Medienplattform, die Ende Mai 2018 im Infozentrum vom Denkort eröffnet wird. Besuchende können sich selber durch die Videos, Fotos und Texte durchklicken. Ein fünfminütiger Überblicksfilm führt in die Arbeitsweise im Projekt ein. Die Medienplattform versteht sich als Einladung dazu, sich die Fragen nach der eigenen Geschichte und Zukunft auch immer wieder neu selbst zu stellen. Einer der jungen arabischsprachigen Geflüchteten, der die im Rahmen des Multi-peRSPEKTif-Projekts organisierten Exkursionen und Austausch-treffen besuchte, ist heute Mitarbeiter am Besuchertresen und betreut im Tandem auch Gruppen. Der Anteil der Guides deren erste Sprache nicht Deutsch ist, wächst auch hinsichtlich Menschen mit weiter zu fassender Migrationserfahrungen weiter.

Der Ort war in der Vergangenheit aufgeladen von rassistischem Verhalten und (De) Privilegierung von Menschen. Zu erklären, wie diese Mechanismen ganz konkret in Bremen-Farge von 1943 bis 1945 funktionierten, ist und bleibt Inhalt der Vermittlungsarbeit vor Ort. Aber die Gegenwart lehrt uns auch, dass wir mit diskriminierendem, rassistischem oder menschenverachtendem Handeln zwangsläufig umgehen müssen und können. Alle, auch Menschen, die heute Erfahrungen von Rassismus machen, sowie Angehörige und ehemalige Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, sollen beim



Betreten des Denkort nicht belästigt oder beleidigt werden, sei es durch einschlägige Eintragungen im Gästebuch oder offensives Tragen von neonazistischen Schriftzügen und Symbolen. Damit Alle willkommen sein können, gilt es diejenigen auszuladen, die gerade hier versuchen, ihre menschenverachtende Gesinnung kund zu tun.

Appolinaire Apetor-Koffi ist freier Mitarbeiter am Denkort Bunker Valentin. Er ist tätig im Bereich der Recherchen und der historischen Vermittlung. Als angehender Jurist beschäftigt er sich mit Themen des Alltagsrassismus insbesondere »Racial Profiling« und der Postkolonialen Geschichte.

Kathrin Herold ist freiberuflich in der politisch-historischen Vermittlung tätig, am Denkort Bunker Valentin, zuvor auch an der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Sie betreut internationale Austauschprojekte und ist außerdem Thaiboxtrainerin.

Experte der eigenen Geschichte werden. Veranstaltung im Infozentrum anlässlich der Eröffnung der Multi-peRSPEKTif Medienplattform am 27. Mai 2018. Foto: Nour Alothman, Rechte, Denkort Bunker Valentin

- 1 In diesen Text sind viele Gedanken aus Diskussionen in der Institution eingeflossen. Besonderer Dank gilt Henrik Schütt und Christel Trouvé.
- 2 Doğan Akhanlı, »Verhaftung in Granada oder Treibt die Türkei in die Diktatur?«, Köln 2018, S. 182.
- 3 Ebd.
- 4 Die Schwerpunkte waren wie folgt definiert: 1) Durchführung von lebensgeschichtlichen Interviews mit Geflüchteten, 2) Dokumentation von Fluchtbiografien, 3) Ausbildung von Geflüchteten zu Multiplikator_innen, 4) Crossmediale Darstellung des Projektes.
- 5 Die Finanzierung erfolgte größtenteils im Rahmen des Modellprojekts »Flucht.Migration.Integration« der Bundeszentrale für politische Bildung.
- 6 Siehe exemplarisch zu den Auseinandersetzungen um die »Rekumer Straße 12«: »Protest aus Prinzip«, FAZ, 27. 4. 2015, S. 4.
- 7 Aus einer aufgezeichneten Diskussion (leicht grammatikalisch/redaktionell bearbeitet), die am 19. 8. 2017 im Studienzentrum der KZ-Gedenkstätte Neuengamme geführt wurde.
- 8 Ebd.
- 9 Ebd.
- 10 Siehe KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hg), »Überlebende und ihre Kinder im Gespräch«. Neungammer Studienheft, Bd. 3, 2011 (mit DVD).
- 11 Aus dem Interview mit Timur Et Bekhrúz »Kinder sollen wissen wer ihre Väter sind«, zu sehen auf der Multi-peRSPEKTif-Medienstation.

Zur Diskussion über sogenannte Zwangsbesuche in Konzentrationslagern

Elke Gryglewski

Im Januar 2018 schlug Sawsan Chebli, Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales in Berlin, vor, jede Person, die in der Bundesrepublik lebt, sollte einmal in ihrem Leben eine KZ-Gedenkstätte besucht haben¹. Sie war nicht die erste, die diese Überlegung formulierte. Bereits einige Monate vorher hatte Josef Schuster, Vorsitzender des Zentralrats der Juden, diesen Vorschlag als Forderung geäußert² – beide offensichtlich in der positiven Absicht, die Gedenkstätten nicht in Vergessenheit geraten zu lassen sowie in dem Vertrauen, dass eine Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik zu einer Sensibilisierung gegen undemokratische und rechte Einstellungen führe. Der Protest von Vertretern der Gedenkstätten war groß, ihre Argumente wurden möglicherweise durch die Medien übertrieben dargestellt, um die Debatte spannender zu gestalten. Aber ob laut oder leise, offensiv oder vorsichtig formuliert: Aussagen, dass man mit Zwangsbesuchen von Gedenkstätten den staatlich verordneten Antifaschismus in der DDR assoziiere und Gedenkstättenbesuche nur auf freiwilliger Basis stattfinden sollten, führen leider von zentralen Fragen weg, die im Kontext von Gedenkstättenbesuchen unbedingt interdisziplinär geführt werden sollten.

Zunächst ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass der überwiegende Teil der Besuchergruppen, die in die Gedenkstätten kommen, schon heute nicht freiwillig die historischen Orte besuchen. Das gilt nicht nur für Schulklassen, sondern in der Regel auch für die Berufsgruppen, wie Krankenpflegepersonal, Polizei, Bundeswehr, Strafvollzugsbeamte oder Rechtsreferendarinnen und -referendare sowie Vertreterinnen und Vertreter der Finanz- und Kommunalverwaltung. Eine Ausnahme bilden in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz (GHWK) die über die Gewerkschaften ausgeschriebenen Seminare für spezifische Berufsgruppen. Selbst die Erwachsenengruppen, die über das Bundespresseamt in die Gedenkstätten gebracht werden, kommen aufgrund der Entscheidung eines Programmgestalters oder -gestalterin sowie dem Wunsch der Abgeordneten. Bei Jugendlichen in Schulklassen scheint das Ziel des Besuches, das von den Lehrenden oder den Schulen definiert wird, mehrheitlich in der Wissensvermittlung zu liegen, was sich an den Besuchskontexten erkennen lässt. Die Überlegung, dass der Lernprozess durch den historischen Ort und der damit vermuteten emotionalen Erfahrung vertieft wird, spielt dabei eine wichtige Rolle. Bei den Berufsgruppen, insbesondere denjenigen, deren Aufgaben besonders eng mit Menschenrechtsfragen verbunden sind, stehen mehr oder weniger offensichtlich Ziele der Prävention und Sensibilisierung im Vordergrund.

Im Rahmen der Übungen von »Verunsichernde Orte« zur Selbstreflexion eigener Haltungen für Gedenkstättenmitarbeitende, gibt es auch diejenige zur Frage, ob ein Besuch in einer Gedenkstätte ausschließlich freiwillig erfolgen solle. Ich finde es sinnvoll, dass dies nicht so ist. Freiwillige Besuche müssten aus dem schulischen Kontext gelöst werden – Schule und Freiwilligkeit sind nicht wirklich kompatibel –, also beispielsweise nachmittags stattfinden. Viele Jugendliche würden sich gegen einen Besuch



Schulklasse während einer Führung durch die Ausstellung in der GHWK.
Foto: GHWK

entscheiden. Nicht, weil sie gegen die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Orte wären oder »schlechtere Menschen« sind. Sondern aus ihren spezifischen Befindlichkeiten heraus, etwa einer vermuteten langweiligen Führung, wie sie meinen, sie aus einem Museum zu kennen. Auch Erwachsene in Berufsgruppen würden sich gegen den Besuch entscheiden, weil sie meinen, die Geschichte schon ausreichend zu kennen oder selbstständig einen Zusammenhang zwischen der Geschichte und aktuellen Tätigkeitsfeldern ihrer Berufsgruppe herstellen und eine ablehnende Haltung gegen eine vermutete moralisierende Veranstaltung einnehmen.

Mitarbeitende in Gedenkstätten hätten also bei absoluter Freiwilligkeit viel geringere Chancen, in Kontakt mit Gruppen zu kommen, bei denen sich im Rahmen unterschiedlicher Bildungsformate nicht selten eine positivere Haltung gegenüber der Gedenkstätte im Laufe des Besuch selbst einstellt, als sie zunächst vorherrschte. Kurz: Ich halte es für vertretbar, dass Entscheidungen über Besuche der historischen Orte von Verantwortlichen für Gruppen getroffen werden.

Damit diese aber insbesondere für die Besucherinnen und Besucher sinnhaft und produktiv sein können, muss erheblich an den Bedingungen der Besuche gearbeitet werden.

Schulischer Kontext, aber unter demokratischen Vorzeichen – für alle Beteiligten

In Berlin und offensichtlich auch in einigen anderen Bundesländern fallen Gedenkstättenbesuche, wie Exkursionen zu anderen außerschulischen Lernorten, in die Kategorie »Unterricht am anderen Ort«. Vermutlich kennen die meisten Jugendlichen die organisatorische Rahmung der Besuche nicht. Die organisierenden Lehrkräfte werden dadurch jedoch in das Korsett der Unterrichtsgestaltung gedrängt, Themenwahl und Zeitpunkt des Besuches stark vom Unterrichtsverlauf abhängig zu machen und dabei das Gefühl zu haben, alleine entscheiden zu müssen. Da bleibt in der Regel kaum Raum um beispielsweise die Themenwünsche der Schülerinnen und Schüler abzufragen. Gleichzeitig ist den Jugendlichen oft die moralische Konnotation der Orte in unterschiedlichem

Maße oder Reflexionsgrad bewusst. Das heißt, sie spüren (auch wenn sie sie vielleicht nicht genau definieren können) die mit der Gedenkstätte verbundene Erwartung hinsichtlich eines besonderen Lerneffekts. Wird kein Raum für eigene Erwartungen und Wünsche gegeben, entsteht für sie eine paradoxe Situation oder Gefühlslage, die sich im schlechtesten Fall sogar auf eine Haltung gegenüber dem zu behandelnden Thema auswirken kann. Für die Lehrkräfte selbst bedeuten Exkursionen in Gedenkstätten oft eine große Anstrengung. Gerade angesichts der Diskussionen um Unterrichtsausfall, Lehrermangel oder weniger Unterrichtszeit durch die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre sind Fahrten zu historischen Orten oft nicht gern gesehen. Die Zeit, die für die Klärung der Frage aufgebracht werden muss, ob eine Fahrt stattfinden kann, ist vielfach so lang und aufwendig, dass keine Energie für eine Vorbesprechung mit den Jugendlichen zum Zielort und für deren Wünsche bleibt.

So wäre ein wichtiger Aspekt, Gedenkstättenbesuche organisatorisch so einzubinden, dass – nach der grundsätzlichen Entscheidung durch die Lehrkraft – die Bedingungen gegeben sind, Inhalt und pädagogisches Format durch die Gruppe mit festlegen zu lassen, im Sinne demokratischer Partizipation. Diese Überlegung gilt ebenso für die Besuche von Erwachsenen, ungeachtet, ob die Teilnehmenden sich noch im Ausbildungsverhältnis befinden (z.B. Krankenpflegepersonal, zukünftige Polizistinnen und Polizisten und angehende Strafvollzugsbeamte) oder bereits seit längerem in ihrem Beruf tätig sind. Auch ihnen sollte unbedingt die Möglichkeit gegeben werden, vor dem Besuch inhaltliche, methodische Wünsche zu äußern oder auch Bedenken und Ängste zu formulieren.

Die Mitarbeitenden in Gedenkstätten sind sich seit Langem der beschriebenen Problematik bewusst. In der GHWK versuchen wir uns inhaltlich und methodisch so »fit« zu machen, dass wir in der Lage sind, zu Beginn eines Seminars flexibel das gesamte Programm anzupassen, wenn wir feststellen, dass die Bedürfnisse der Teilnehmenden anders gelagert sind als telefonisch angekündigt. Oder wir nutzen Methoden, die bewusst die Sammlung der Fragen der Teilnehmenden in den Ablauf einer Veranstaltung einbettet und den weiteren Verlauf an diesen orientiert. Eine solche Vorgehensweise erfordert große inhaltliche Kompetenz, die in der Regel erst mehrjährige an den Institutionen Mitarbeitende erworben haben. Für jüngere Kolleginnen und Kollegen bietet ein vorbereitetes Programm oft eine Sicherheit, die aus nachvollziehbaren Gründen nicht ohne weiteres verlassen werden kann. Genau betrachtet, ist das genannte flexible Vorgehen eine Art Notlösung. Weitaus besser und sinnvoller wäre es, wenn weit im Vorfeld der Gruppenbesuche Beratungen und Absprachen so getroffen werden könnten, dass den Teilnehmenden Raum für ihre Fragen und Wünsche gegeben werden kann. Dabei ist nicht nur die Rede von telefonischen Klärungen. Es gibt immer wieder Situationen, in denen sich direkte Vorgespräche von Gedenkstättenmitarbeitenden mit den Gruppen als ausgesprochen produktiv erwiesen haben. So mussten wir beispielsweise feststellen, dass angehenden Strafvollzugsbeamten das zweitägige Seminar in der GHWK im Rahmen der Ausbildung als Anweisung hinsichtlich Ort und Zeit mitgeteilt bekamen, ohne jeglichen Raum für ein Gespräch über Kontext des Besuches und Fragen der Teilnehmenden. Etwa zwei Jahre lang besuchten die Betreuerinnen und Betreuer daraufhin die Ausbildungsjahrgänge und klärten direkt mit den Teilnehmenden deren Bedürfnisse. So sinnvoll und positiv sich dieses Vorgehen auf die Seminare auswirkte, so ressourcenintensiv war es und konnte nicht mehr fortgesetzt werden.



Studententag mit Angehörigen der Marine im GHWK.
Foto: GHWK

Ressourcen für Vorabgespräche werden auch gebraucht, um – es mag seltsam klingen – manchen Gruppen von einem Besuch abzuraten. Die Gründe für die Notwendigkeit einer Beratung dieser Art sind vielfältig. So ist beispielsweise problematisch und kontraproduktiv, akute Mobbingvorfälle in einem Klassenverband mit einem Gedenkstättenbesuch »bearbeiten« zu wollen. Oder es ist verfehlt, einer Schulklasse aus einem sozialen Brennpunkt, in der über 80% der Schülerinnen und Schüler mit Schuljahresende vor der eindeutigen beruflichen Perspektivlosigkeit stehen, eine Woche vor Schulschluss noch einen Besuch einer Gedenkstätte vorzuschreiben, weil vermutet wird, dass dies in ihrem Leben die letzte Gelegenheit zu einer Beschäftigung mit der NS-Geschichte sein könnte.³

Wichtig ist die Beratung auch im Hinblick auf inhaltliche Bezüge zu den Voraussetzungen des Besuches. Wenn beispielsweise eine Gruppe den Blick besonders auf Antisemitismus richten soll, dann ist es sinnvoller das Anne-Frank-Zentrum oder die GHWK aufzusuchen und dort Seminare zu Kontinuitätslinien des Antisemitismus wahrzunehmen, als einen Besuch in einer KZ-Gedenkstätte und dort eine allgemeine Führung zu bekommen.

Trotz dieser Beispiele muss gesagt werden, dass es keine einfachen, eindeutigen oder allgemeingültigen Regeln gibt, welcher Gruppe von einem Besuch abgeraten werden sollte⁴. Deswegen beziehen sich die benötigten Ressourcen sich nicht nur auf die Dauer der Telefonate, sondern auch auf den Erwerb der nötigen inhaltlichen und methodischen Kompetenzen für eine qualifizierte Beratung.

Und es werden natürlich personelle und finanzielle Ressourcen gebraucht, um alle Bildungsveranstaltungen, gerade auch die methodisch und inhaltlich gut und sinnvoll vorbereiteten, den inzwischen in der Gedenkstättenlandschaft erarbeiteten Standards entsprechend durchzuführen. Nehmen wir ernst, dass wir den Teilnehmenden ermöglichen wollen, neben der Vermittlung der Geschichte der Orte und den Kontinuitätslinien nach 1945, einen Bezugspunkt für sich und eine Gegenwartsrelevanz zu dieser Geschichte zu erkennen, brauchen wir mehrheitlich zeitlich längere Formate als die

aktuell stattfindenden Führungen und Workshops/Kleingruppenarbeiten. Selbst Tagesseminare reichen oft nicht aus, um intensiv mit einer Gruppe ins Gespräch zu kommen, ihre Bedürfnisse zu identifizieren und prozessorientiert zu arbeiten. Aber auch eine gute Führung, die die Bedürfnisse mancher Gruppe durchaus befriedigt, muss inhaltlich und methodisch sicher vorbereitet sein. So bezieht sich die Forderung nach Ressourcen durchaus auch auf den Bereich der Fortbildungsmöglichkeiten für feste und freie Mitarbeitende, die in den Gedenkstätten arbeiten.

Wir brauchen Bedingungen, um unsere Arbeit der Öffentlichkeit zu vermitteln

Ein weiteres Desiderat im Hinblick auf die Diskussion stellt meines Erachtens die bleibende Unkenntnis wichtiger Institutionen dar, die unterschiedliche Besucherinnen und Besucher in die Gedenkstätten bringen. Nicht nur die Berliner Gedenkstätten klagen über die verschlechterten Bedingungen für Lehrkräftefortbildungen, seitdem das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) in die Peripherie gezogen ist. Die früher regelmäßig stattfindenden Seminare dienen nicht nur der Qualifizierung der Lehrkräfte. Sie waren auch ungemein wichtig für die Mitarbeitenden von Gedenkstätten, um etwas über die Arbeitsbedingungen in Schulen zu hören und gemeinsam zu diskutieren, wie Kooperationen zwischen Schulen und Gedenkstätten gestaltet werden könnten.

Angesichts des stattfindenden Generationenwechsels in den Schulen, wäre auch wichtig, eine kontinuierliche Kommunikation zwischen den Universitäten, Bereich Lehrkräfteausbildung, und den Gedenkstätten zu organisieren. Und es wäre ausgesprochen bedeutsam über die Organisation einer Zusammenarbeit zwischen gesellschaftlich relevanten Berufsgruppen nachzudenken⁵. Schließlich besteht in den Gedenkstätten ebenfalls Einigkeit darüber, dass wir nicht ausschließlich den Bereich Schule und schon gar nicht nur Jugendliche adressieren möchten. Wünschenswert wäre es, wenn diese Zusammenarbeit einher gehen würde mit einem Verständigungsprozess, welche Rolle Gedenkstätten zur Erinnerung an die nationalsozialistischen Opfer in der Gesellschaft spielen sollen, wollen und können. Und wenn diese Diskussion fruchtbar geführt würde, und es einen wachsenden Konsens und ein wachsendes Bewusstsein über die Notwendigkeit spezifischer Bedingungen für gelingende Gedenkstättenbesuche gäbe, dann wäre ein Streit um die Empfehlung von verpflichtenden Besuchen der historischen Orte hinfällig.

Dr. Elke Gryglewski ist Leiterin der Bildungsabteilung der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz in Berlin.

1 Berliner Morgenpost, 7.1.2018

2 Jüdische Allgemeine, 9. November 2017

3 Beides sind Beispiele für Gruppen, für die bereits mehrfach Besuche gewünscht oder sogar durchgeführt wurden. In letzterem Fall wurde der Besuchskontext erst Vorort festgestellt.

4 Ein gutes Beispiel ist hier die Gruppe der Geflüchteten. In vielen Fällen kann es sinnvoll sein, einem Betreuenden von einem Besuch abzuraten, weil die Teilnehmenden extrem traumatisiert sind oder aber in völlig prekären Verhältnissen leben. Gleichzeitig zeigen viele inzwischen auf Wunsch von Geflüchteten durchgeführte Veranstaltungen, dass diese für beide Seiten bereichernd ablaufen können.

5 Seit 1992 kooperiert die GHWK erfolgreich mit der Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes. Um mehr Wirkung zu erzielen bedarf es einer viel größeren Regelmäßigkeit an Seminaren und eine größere geografische Verteilung.